DIE ZEIT

Alles nur Feiglinge?

In der Debatte um den Afghanistan-Einsatz rüsten deutsche Generäle rhetorisch auf. Doch auch hier muss die Politik entscheiden, nicht das Militär. Ein Gastkommentar

Von Robert Zion

Robert Zion ist Mitglied der Grünen. Auf deren Afghanistan-Parteitag im vergangenen September führte er den Aufstand der Basis gegen den Vorstand an.

Das deutsche Militär hat einen langen, weitestgehend positiv gesehenen Weg genommen – von der Reichswehr als „Staat im Staate", die die Dolchstoßlegende pflegte und sich „im Felde unbesiegt" und von der Politik verraten wähnte, bis zum Staatsbürger im Uniform; vom zunächst preußischen, dann gesamtdeutschen Militarismus bis zur heutigen Parlamentsarmee.

Doch in keiner Institution sind Traditionen über die Zeitenläufe, Kriege und Staatsformen hinweg hartnäckiger als beim Militär. Unter dem unscheinbaren Titel „Deutsche Generäle hadern mit Berlins Afghanistan-Politik" berichtete *Spiegel online* Anfang Februar von einer Art Aufstand der deutschen Generäle. Es ging um nicht weniger, so der Inspekteur des Heeres Generalleutnant Hans-Otto Budde, als um eine „gesellschaftliche Diskussion" darüber, „warum, wo, wann und für welche Ziele oder Interessen Deutschland Soldaten einsetzt". Ob denn überhaupt (wieder) deutsche Soldaten für deutsche Interessen in den Kampf ziehen sollten, scheint in der Generalität gar nicht mehr zur Diskussion zu stehen.

Nach dem Brief von US-Verteidigungsminister Gates jedenfalls und dem sofortigen klaren „Nein" der deutschen Politik zu einem Kampfeinsatz der Bundeswehr im Süden Afghanistans scheint den Generälen das Urteil klar: Der Einsatz der Streitkräfte werde "offensichtlich nach innenpolitischen Zumutbarkeitskriterien entschieden zu Lasten der Bündnissolidarität", so der ehemalige Heereschef Hellmut Willmann, der die Regierung im „Dilemma zwischen innenpolitischen Sachzwängen und bündnispolitischer Solidarität" sieht. Wenn aber aus dem Parlamentsvorbehalt und dem Primat der Politik „innenpolitische Sachzwänge" im Kontext einer nicht mehr hinterfragten Prämisse militärischer Interessendurchsetzung werden, dann werden solche Äußerungen aus der Generalität selbst zum Politikum.

Spiegel online bringt es auf den Punkt: „Aus Sicht der Bundeswehr schielen die Parteien in Deutschland lieber auf den Wähler, als dass sie sich um die Reputation ihrer Streitkräfte im Bündnis kümmern." Aber ist Demokratie denn tatsächlich nur ein „Schielen auf den Wähler" und als solche eine Unwägbarkeit für die Reputation des Militärs und für das Nato-Bündnis? Was für ein Bild von Demokratie schleicht sich hier eigentlich – langsam und unbemerkt – in Zeiten des Kriegs in die deutsche Öffentlichkeit ein? Sind die Deutschen tatsächlich so dumm, dass sie in Fragen der Sicherheit und des Kriegs der pädagogischen Belehrung militärischer und politischer Eliten bedürfen?

„Es gibt in der Bevölkerung keinerlei Akzeptanz für Kampfeinsätze im Ausland", wie Christoph Seils auf ZEIT online zu Recht schrieb. Zugleich mehren sich im deutschen

Bundestag die Beschwerden von Parlamentariern – von der Linkspartei bis zur FDP – über die mangelnde Informationspolitik der Bundesregierung gegenüber den Volksvertretern. Evaluierungen werden nicht vorgelegt, Auskünfte über operative Details verweigert, Erkenntnisse über zivile Opferzahlen, so sie denn vorliegen, verleugnet oder beschönigt. Die Bundeswehr entwickelt sich so praktisch zunehmend von einer Parlaments- zu einer Exekutivarmee – und damit zurück in eine unselige deutsche Militärtradition.

Sicher, die Bundeswehr ist noch nicht der „Staat im Staate". Doch in Kriegszeiten, in lang anhaltenden zumal, ist diese Tendenz zweifelsfrei gegeben, als Gefahr für das Primat der Politik und damit letztlich für die demokratische Kultur in diesem Land. Die Logik des Kriegs bleibt die Logik des Kriegs, in ihr geht es um operative Kampfführung, Sieg oder Niederlage, das Handwerk des Tötens, schnelle Reaktionen auf veränderte militärische Lagen. Das langsame Abwägen der Demokratie, Meinungsbildungsprozesse, Zweifel und Sinnfragen stehen naturgemäß quer zu dieser Eigenlogik.

Dementsprechend wächst das politische Gewicht der Militärs in Kriegszeiten – als nüchterner, kalter Sachzwang. Darum auch soll Winston Churchill einmal gesagt haben: „Besser Blabla als Bummbumm." Die Bevölkerung der Bundesrepublik scheint dies heute genauso zu sehen und damit erweist sie sich als weit klüger als so manche Eliten hierzulande.

Daran, dass Deutschlands Sicherheit „am Hindukusch" verteidigt würde, wie einst der damaligen Verteidigungsminister Peter Struck behauptete, oder an eine „uneingeschränkte" Solidarität mit einer abgewirtschafteten US-Regierung glaubt ohnehin kaum ein Mensch in Deutschland (mehr). Die Wehrhaftigkeit unserer Demokratie hängt darum auch nicht von der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr in Afghanistan oder von unserer Generalität ab. Sie hängt davon ab, dass sie einer deutschen Tendenz zum „Bummbumm" und zur militärischen Eigenlogik widersteht.

Schließlich ist das Kriegsgeschrei der Generäle noch nicht einmal nüchtern. Denn der Krieg in Afghanistan ist militärisch nicht zu gewinnen. Wir haben aber weit mehr zu verlieren als nur diesen Krieg.

ZEIT online

06/2008

Freitag 09
Die Ost-West-Wochenzeitung
29.02.2008

Robert Zion

Die vergiftete Pizza des Ronald Pofalla

KOALITIONSDEBATTE ■ *Gehen Teile der Grünen jetzt der CDU und der FDP auf den Leim, könnte die Partei 2009 an den Fünf-Prozent-Hürde kleben bleiben*

Etwa ein Viertel ihrer Wähler haben die realo-dominierten Grünen in absoluten Zahlen in Hessen und Hamburg verloren. Besonders dramatische Einbrüche sind im urbanen Kernmilieu, den Hochburgen und bei den unter 30-Jährigen zu verzeichnen. Offensichtlich sind die grünen Stimmenpotenziale im so genannten "bürgerlichen Lager" ausgeschöpft. In Hamburg verloren die Grünen am letzten Wochenende genauso viele Stimmen an die Nichtwähler, wie an die Linkspartei und an SPD - erschreckend für eine Partei, die einmal gegen eine Politikverdrossenheit angetreten ist, die sie nun offensichtlich selbst mit erzeugt. Würden die Grünen in anderen Landesverbänden, etwa in dem mit Abstand größten Verband Nordrhein-Westfalen, ähnliche Verluste einfahren, stünde die Existenz der Partei auf dem Spiel. Denn in keinem anderen Bundesland würde der Absturz von einem solch hohen Niveau wie in Hessen und Hamburg beginnen.

Nach derartigen Einbrüchen jedenfalls scheint das Projekt der Realo-Strategen, die Partei als die einer neuen links-bürgerlichen "Mitte" zu definieren und - strikt an neuen Machtoptionen orientiert - zu entsprechenden Bündnissen mit CDU und FDP zu führen, ganz andere Ergebnisse zu zeitigen als beabsichtigt. Die alten Bindungskräfte der Realos im System Fischer, vor allem über Machtoptionen und entsprechende Wahlerfolge die Partei zusammen zu halten, befinden sich offenkundig in der Auflösung. Auch seitens der medialen Öffentlichkeit wurde deren Projekt nicht selten mit einer eigenartigen Mischung aus Faszination und einer - wohl doch eher konstruierten - Diagnose eines neuen politisch-kulturellen Experiments begleitet, von der *Tageszeitung* über den *Spiegel* bis zur *Zeit*. Angesichts eines solch sturen Blicks von Außen auf die Partei halfen dann auch Hinweise wie der Jürgen Trittins nicht mehr, der noch im September 2007 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu Recht angemahnt hatte, dass sich 76 Prozent der Grünen-Wähler auf der Linken verorten. Das sind mehr als bei der Linkspartei.

Unterdessen triumphieren die Strategen im Konrad-Adenauer-Haus und bei der FDP. CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla beeilt sich bereits, auf die alte "Pizza-Connection" hinzuweisen, bei der er mit Renate Künast unter anderem schon einmal mögliche schwarz-grüne Allianzen ausgelotet habe. Hamburg, so Pofalla, könnte ein "Signal" für den Bund sein - für die Grünen allerdings wäre dieses Signal wohl eher die Totenglocke. Auch die FDP von Guido Westerwelle, der die Grünen ideologisch, politisch und kulturell verachtet, verharrt sehr bewusst im bürgerlichen Lager, um die Grünen der Zerreißprobe auszusetzen und sie in die Rolle einer Scharnierpartei zu drängen. Die FDP weiß aus Erfahrung, dass kleine Parteien, die ja Programm- und Konzeptparteien sind, diese Rolle nur auf Kosten ihres Profils erfüllen können. Kleine Parteien aber wie die Grünen werden ihre Wählerschaft nie mobilisieren können, wenn diese sich nicht sicher sein kann, in welchen Konstellationen welche Programmpunkte Chancen auf Realisierung haben werden.

Dabei gibt es bei all den derzeitigen inhaltslosen Farbspekulationen objektiv betrachtet für 2009 im Bund weder personelle noch inhaltliche Argumente für Schwarz-Grün oder gar Jamaika. Denn während der globale Klimawandel in aller Munde war, wurde der sich im Jahr 2007 bei den Grünen abzeichnende "Klimawandel" im Rausch sich scheinbar neu eröffnender Machtoptionen gar nicht mehr wahrgenommen. Auf den Parteitagen von Göttingen und Nürnberg hat sich der linke Parteiflügel mit Wertkonservativen zusammengetan, dabei in kluger Voraussicht nach einer Schärfung des eigenen Profils suchend, und in entscheidenden Fragen der Außen- und Friedenspolitik und der sozialen Sicherung die Grundsäulen der Partei basisdemokratisch renoviert. Und was inhaltlich nicht geht, geht personell schon gar nicht: Gegenüber Wolfgang Schäuble erscheint den meisten Grünen ein Otto Schily geradezu als staatsferner Anarchist. Die Clements sind in der CDU Legion.

Bei den Grünen haben die Apologeten von Schwarz-Grün und Jamaika nicht nur die letzten Parteitage, sondern auch Landtagswahlen verloren. Ein weiterer strategischer Führungsanspruch lässt sich daraus beim besten Willen nicht ableiten. Vielmehr sollten die Grünen für 2009 ab jetzt Schwarz-Grün oder Jamaika definitiv ausschließen und damit ihr Diktum "Inhalte vor Macht" sehr ernst nehmen. Auch angesichts eines sich abzeichnenden Strategiewechsels bei der SPD kann für die Grünen bei der Bundestagswahl die Devise daher nur lauten: Rot-Grün, plus. Denn damit würden die Grünen klar und deutlich machen, wo die eigentlichen Blockierer in der Republik zu verorten sind: bei den neokommunistischen und neoliberalen Fundis und Dogmatikern in der Linkspartei beziehungsweise der FDP.

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW.

mail an die Redaktion nach oben

DER TAGESSPIEGEL online

gedruckte Ausgabe
vom 28.02.2008

Ressort: Meinung

POSITIONEN
Sterben für die Nato

Schwarz-Grüne Außenpolitik heißt Kriegspolitik Von Robert Zion

Es ist das Pressefoto des Jahres 2007, das Bild eines erschöpften US-Soldaten während einer Kampfpause in Afghanistan. Schon bald dürften wir uns hier an ähnliche Bilder von Bundeswehrsoldaten gewöhnen müssen. Denn der Afghanistankrieg steht vor einer neuen Phase. Joschka Fischer hat geäußert, er befürchte einen Maximalschaden für die deutsche Außenpolitik, falls die Bundesregierung bei ihrer Haltung der Ablehnung von Kampfeinsätzen im Süden bleibt. In Afghanistan gehe es jetzt um die Zukunft der Nato.

So könnten Deutsche demnächst für die Nato sterben, so wie sie früher fürs „Vaterland“ gestorben sind, aus vermeintlich höheren Interessen, dem sich der Einzelne aus Staatsräson unterzuordnen hat. Die Kaltschnäuzigkeit des Ex-Außenministers ist erschreckend. Denn es geht nicht um eine Staatsräson, die mit dieser neokonservativen Haltung eingefordert wird, sondern die von um den puren Erhalt der Nato besorgten Eliten. Unterdessen lehnen 86 Prozent der Bundesbürger Kampfeinsätze der Bundeswehr in Afghanistan grundsätzlich ab.

Die Diskussion um die Ausweitung des Bundeswehreinsatzes wird derweil einhellig als „Testballon“ für zukünftige Szenarien betrachtet. Mit der Entsendung der von den Grünen abgelehnten Aufklärungs-Tornados, deren Einsätze zu 32 Prozent im Süden stattfinden, scheint der Damm gebrochen. Auch die „QRF“ könnte im Rahmen der Nothilfe im Süden eingesetzt werden. Verteidigungsminister Jung (CDU) hat das nicht ausgeschlossen. Im Süden aber herrscht Krieg, die dortige Bevölkerung ist feindselig gegenüber den westlichen Truppen eingestellt.

In der Nato gibt es derweil eine Zweckkrise. Eine schlüssige Gesamtstrategie des Bündnisses und der Bundesregierung ist nicht zu erkennen. In diesem Licht erscheint die nach der Hamburgwahl in der Diskussion stehende Koalition zwischen CDU und Grünen im Bund geradezu grotesk. Wie eigentlich soll eine schwarz- grüne Außenpolitik aussehen, wenn etwa der Regierungsberater Markus Kaim von der Kanzlerin bereits jetzt eine „andere Erklärungsstrategie“ gegenüber der Bevölkerung fordert? Die Regierung solle nicht weiter so tun, als ob es um eine „Wiederaufbaumission“ gehe, so der Nato-Experte.

Natürlich kann die grüne Forderung jetzt nicht einfach „Raus aus der Nato“ lauten. Vielmehr sollten wir gegenüber den Konservativen alles daransetzen, dass diese innerhalb der Nato auf einen umfassenden Strategiewechsel drängen, statt jetzt im Rausch sich vermeintlich neu eröffnender Koalitionsmöglichkeiten die tiefen friedens-, militär- und bündnispolitischen Differenzen zur Union einfach zu verdrängen. Von der Einforderung eines umfassenden Marshallplans für Afghanistan über die Einstellung des Bombenkrieges bis zur Unterstellung der westlichen Truppen unter die UN – es darf es keine Denkverbote mehr geben.

Denn in Afghanistan ist die Nato nicht mehr die Lösung, sondern längst Teil des Problems – eine Kriegsmaschinerie, die sich der Diskussion um ihren Zweck nach dem Ende des Kalten Krieges nicht stellt. Auch die Konservativen in der Bundesrepublik sind mittlerweile Teil des Problems. Mit ihrer viel zu defensiven Haltung gegenüber der Nato drohen sie Deutschland in das militärische und politische Desaster der US-Neokonservativen mit hineinzuziehen.

Wenn nun zugegeben wird, man habe es versäumt, der Bevölkerung den Einsatz in Afghanistan

angemessen zu vermitteln, dann liegt das nicht an einer vermeintlich falschen Informationsstrategie. Für diese Kriegsstrategie gibt es schlicht keine Argumente. Für eine offensichtlich von der CDU angestrebte Stellung Deutschlands als militärische Mittelmacht innerhalb der Nato oder gar für die Nato als reinen Selbstzweck aber darf niemals ein Deutscher sterben.

Die Grünen täten gegenüber ihrer verunsicherten Wählerschaft gut daran, diesen Kernpunkt ihrer Identität zu betonen und schon allein aufgrund ihrer außenpolitischen Beschlusslage und ihrer friedenspolitischen Verantwortung jegliche Spekulationen über Schwarz-Grün oder Jamaika für 2009 im Bund einzustellen.

Der Autor ist Grünen-Politiker in Nordrhein-Westfalen.

Was ist heute „links“?

/ROBERT ZION

„Es gibt mehr und mehr Kategorien von Leuten, die nicht unter dem Zwang der Disziplin stehen, so dass wir die Entwicklung einer Gesellschaft ohne Disziplin denken müssen. Die herrschende Klasse ist stets durchdrungen von der alten Technik. Es ist jedoch evident, dass wir uns in der Zukunft von der Disziplinargesellschaft von heute trennen müssen.“[1]

Michel Foucault, 1978

Wenn wir die Frage stellen: „Was ist heute links?“, so hören wir von klassischen Linken nicht selten die Antwort: Auf keinen Fall Foucault, denn der habe sich mehr auf Nietzsche als auf Marx berufen und ersterer sei ja bekanntlich eher rechts gewesen. Schieben wir einmal solche Einordnungen beiseite und schauen darauf, was Foucault inhaltlich zu sagen hatte, dann sieht die Sache schon anders aus. Denn noch nie war die Analyse vom Ende der Disziplinargesellschaft so „evident“ wie heute. Der alte Vergesellschaftungsmechanismus der industriegesellschaftlichen Normarbeit zerfällt und mit ihm auch die Bindungskräfte der disziplinargesellschaftlichen Institutionen, der Familie, der Schule, der Fabrik, der Kaserne.

Was wir politisch zur Zeit erleben, in der Familien-, Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Außenpolitik, ist ja gerade ein zwanghaftes Festhalten an der „alten Technik“ durch die „herrschende Klasse“, Rekonstruktionsversuche der alten Institutionen über den Staat. Dies alles, vom Elterngeld über Mindestlöhne, von Ganztagsschulen bis zur Restrukturierung der Bundeswehr, ist im Kern noch disziplinargesellschaftlich und damit eher reaktionär als links.

Links hingegen wäre, den Gesellschaftsumbruch in emanzipatorischer Absicht anzu-erkennen und zu gestalten, etwa mit neuen Formen der Selbstorganisation von Bildung und Arbeit, der (Basis-)Demokratie und der Entkopplung von (Norm-)Arbeit und (Grund-)Einkommen. Und wir brauchen nicht erst zu betonen, dass gerade wir Grünen zugleich Produkt und politischer Ausdruck dieses Gesellschaftsumbruchs sind. Dies entspricht auch der Identität und Motivation unsere Mitglieder, unserer Anhänger- und Wählerschaft. Darum auch hatte Jürgen Trittin noch im September 2007 in der FAZ zu Recht davon gesprochen, dass sich „76 Prozent der Grünen-Wähler auf der Linken (verorten). Das sind mehr als bei der Linkspartei“?[2]

Die zum Teil links-autoritären und etatistischen Konzepte Lafontaines, der SPD und der Gewerkschaften gehören in dieser Hinsicht eher zu den alten Disziplinartechniken, so dass es kaum überrascht, dass sich heute deren Anhänger und Wähler weniger links einordnen als die der Grünen. Zugleich sollten wir aber auch nicht verschweigen, dass sich bei uns in den letzten Jahren auch eine inner-parteiliche „herrschenden Klasse“ entwickelt hat, die der alten Disziplinartechnik nicht abgeneigt ist.

„Links“ ist heute die Förderung der Individualität und das Zusammenführen der Individuen über emanzipatorische Ideen – bei den Grünen, wie in der Gesellschaft. Gerade die Grünen sind in dieser Hinsicht keine klassische Partei, die „geführt“ werden muss, sondern ein Ideenpool, der organisiert werden sollte. Dies ist nicht unsere Schwäche, sondern unsere große Stärke, auch im gesamtlinken Spektrum.

Aber damit sind wir ja auch wieder bei einem der Ursprungstexte der Linken, worin es ja heißt, dass eine Gesellschaft anzustreben sei, „worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist.“[3]

ROBERT ZION,
Mitglied von Bündnis 90/Die Grünen im KV Gelsenkirchen
Weitere Infos unter www.robert-zion.de

---

[1] *Michel Foucault: Analytik der Macht, Frankfurt/M 2005, S. 145.*
[2] *Jürgen Trittin: „Schwarz-Grün ist für mich längst eine Machtoption“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 02.09.2007.*
[3] *Manifest der kommunistischen Partei, 1848.*

Freitag 12
Die Ost-West-Wochenzeitung
20.03.2008

Robert Zion

Wozu die Grünen auch noch da sind

GASTKOMMENTAR ■ *Linksliberales Korrektiv statt Scharnierpartei*

Die "politische Verbürgerlichung", so musste jüngst Matthias Geis in der *Zeit* feststellen, hat ihre Hochzeit bei den Grünen längst hinter sich. Die politischen Milieus, in denen die Partei mit Abstand die meisten Anhänger aufweist, sind relativ klar definiert, ein engagiertes Bürgertum, mehr noch die kritischen Bildungseliten. Die aber stehen in ihrer Staatsauffassung in einem geradezu diametralen Gegensatz zur Union. Dort, wo die eine staatstragende Politik definiert, wollen Grüne den Wandel in den Staat tragen, beharren sie nach wie vor auf Alternativen: im Staatbürgerschaftsrecht, in der Grundabsicherung, in der Außenpolitik und so weiter. Die dem gemäße Selbstbeschreibung lautet: "Moderne, emanzipatorische Linke".

Nun hat die Geschichte der Parteiendemokratien bisher gezeigt, dass links-liberale Parteien oft einen prekären Stand hatten und eine zu starke Annäherung an die Konservativen die Identität belasten - ja, die Existenz kosten konnte. Nicht zuletzt deshalb fehlte den kritischen Bildungseliten gegen Ende der Weimarer Republik eine starke parteipolitische Repräsentation.

Derzeit erleben wir, dass Teile der grünen Führungsspitzen offenbar bereit sind, Vabanque zu spielen und historische Fehler zu wiederholen. Nach den Grünen würde es keine links-liberale Partei in Deutschland mehr geben. Dessen sollten sich Befürworter von Schwarz-Grün oder Jamaika wie Rezzo Schlauch bewusst sein. Die Steuersenkungspartei FDP hat für ihren Schwenk von 1982 bis heute eine hohen Preis gezahlt: Sie ist zur Klientel-, Schicht- und Funktionspartei geworden und gegen rechte Tendenzen - man denke an Jürgen Möllemann - strukturell anfällig. Schon beeilt sich Generalsekretär Niebel zu versichern, Wahlaussagen der FDP könnten "jedweder Art" sein.

Staatspolitische Verantwortung der Grünen kann folglich nicht darin liegen, die Identität der Partei zu opfern und hierin der FDP nachzufolgen, sondern ein links-liberales Korrektiv in einer zu Konservativismus und Wirtschaftslobbyismus tendierenden politischen Kultur zu bewahren. In CDU und FDP mag es mittlerweile bekennende Schwule geben, sich der Frauenanteil erhöhen, viel von Integration und Klimaschutz geredet werden, programmatisch sind es nach wie vor nur die Grünen, die dies alles als Konzeptpartei ausformulieren und vertreten. Und bezüglich der Sozial- und Außenpolitik mag die Linkspartei die richtigen Fragen stellen können. Die linken Antworten darauf haben sich 2007 nur die Grünen intensiv erarbeitet - dank eines öffentlich ausgetragenen Streits.

Sollten freilich die Grünen bis zur Bundestagswahl 2009 auch nur den Eindruck aufkommen lassen, ihre staatspolitische Rolle läge in einer Scharnierfunktion zwischen den Lagern, dürfte eintreten, was der Parteienforscher Franz Walter kürzlich prophezeite: "Schwarz-Grün könnte also für kräftige Wählerwanderungen sorgen - fort von der Partei der Frau Künast und des Herrn Kuhn." Die Folge wäre möglicherweise eine gefährliche Entpolitisierung der kritischen Bildungseliten.

Die Analyse des jetzigen historischen Moments, wie sie bei grünen Machtopportunisten in der Nachfolge Fischers vorherrscht, prägt erstaunliche

Schlichtheit, weil sie ausblendet, dass der Kern des sich abzeichnenden Fünf-Parteien-Systems eben nicht die West-Ausdehnung der PDS, sondern die faktische Spaltung der deutschen Sozialdemokratie ist. So geht es bei alldem um mehr als den Fortbestand der Grünen. Es geht eben auch um eine altbekannte bundesrepublikanische Frage, wie sie die SPD seit Willy Brandt aus eigener Kraft nur kurzzeitig mit "Nein" beantworten konnte: Gehört die Republik den Konservativen und Wirtschaftseliten? 2009 werden es die Grünen sein, die diese Frage beantworten müssen.

Robert Zion, Grünen-Politiker in NRW

mail an die Redaktion nach oben

netzeitung.de

Artikels: **http://www.netzeitung.de/politik/deutschland/960538.html**
Vom Autor überarbeitete und autorisierte Fassung

Warum Ypsilanti eine Hoffnung für die SPD ist

04. Apr 2008 7:41

Robert Zion auf dem Afghanistan-Sonderparteitag der Grünen 2007
Foto: Privat

Für *Robert Zion* repräsentiert die hessische Sozialdemokratin nicht die Krise der SPD, sondern deren Lösung. Eine politische Liebeserklärung des NRW-Grünen an die verhinderte Wahlgewinnerin von Hessen.

Wenn Andrea Ypsilanti betont, dass es eine Mehrheit in Hessen für linke Politikinhalte gibt und dass es eben vor allem um die Inhalte gehe, dann hat sie nicht nur Recht, sondern damit auch eine besondere Verantwortung übernommen. In bewundernswerter Weise hat sie auf dem außerordentlichen Parteitag der hessischen SPD vergangenes Wochenende in Hanau auf dieser Verantwortung bestanden, mehr noch, in ihr bestanden.

Angst des Oligarchen: Nancy Pelosi und George W. Bush
Foto: AFP

Tatsächlich haben die hessischen Wähler dem Landtag Aufträge erteilt: das marode Bildungssystem gerechter zu gestalten und zu modernisieren, die unsozialen Studiengebühren abzuschaffen, die Energiewende einzuleiten. Und die hessische SPD-Vorsitzende lässt kaum Zweifel daran aufkommen, dass sie die parlamentarischen Mehrheiten auch in Politik umsetzen will. Die Angst des Roland Koch vor der Andrea Ypsilanti ist auch die Angst eines auf die Exekutive fixierten Oligarchen vor dem Parlamentarismus. Durchaus vergleichbar mit der Angst eines George W. Bush vor Nancy Pelosi, der Mehrheitsführerin der Demokraten im US-Kongress.

Gegen männliche Alpha-Tiere und für den Parlamentarismus

Andrea Ypsilanti, die eine klare politische Agenda hat, die sie „Soziale Moderne" nennt, weiß hingegen: sie steht selbstverständlich in der Pflicht. In der Pflicht der Demokratie und des Parlamentarismus. Wie konnten wir in diesem Land eigentlich vergessen, dass die Bürger keine Sonnenkönige auf Zeit in Ministersessel wählen, sondern ihre Vertreter in das Parlament? Und Andrea Ypsilanti handelt genau so, wie es diese Demokratie verlangt und nicht so, wie es die verklüngelten Polit-Profis ihrer Partei in Berlin gerne hätten.

Alpha-Tiere: Schröder, Fischer, Lafontaine, 1998
Foto: AP

Es ist eben nicht sie gewesen, die die deutsche Sozialdemokratie in die faktische Spaltung geführt hat, sondern autoritäts- und machtfixierte Männer wie Schröder und Lafontaine. Dass aber ausgerechnet eine Frau eine moderne Sozialdemokratie verkörpert, die

diesen Namen auch verdient, beharrlich darauf bestehend, dass das Soziale und die Demokratie einander bedingen, das ist das eigentliche Skandalon für die übriggebliebenen Alpha-Tiere der Schröder-SPD.

Jenseits der «Basta-Politik» Schröders

Andrea Ypsilanti repräsentiert nicht die Krise der Sozialdemokratie, sondern deren Lösung. Es gibt also auch eine politische Linke in Deutschland jenseits der Basta-Politik der Schröders und Fischers. Und es gibt Sozialdemokraten, die dem diffusen Wertegeschwafel des Neokonservativismus und der pseudo-rationalen Funktionslogik des Neoliberalismus noch erfolgreich die Stirn bieten können.

«Basta!» - Schröder in der Elefanten-Runde nach der Bundestagswahl 2005

Foto: dpa

Was bei Andrea Ypsilanti beeindruckt, ist die sanfte Selbstverständlichkeit und ruhige Kraft, mit denen sie agiert. In Hanau redet sie eine Stunde ruhig und argumentativ, erklärt hiernach in Interviews geduldig, sie habe seit 2001 mehr für die Sozialdemokratie gewonnen als alle anderen Landesverbände, es gebe eine gesellschaftliche Mehrheit für ihre Programmatik, sie werde sich die entsprechenden Mehrheiten im Parlament suchen, der Landesverband entscheide allein, was er macht, selbstverständlich würde dies auch den inhaltlichen Kurs der Bundes-SPD beeinflussen.

Der Weg einer sozialen Demokratie

Da ist nichts zu spüren von jenem instrumentellen Verhältnis zur Politik, von jenem Westentaschen-Macchiavellismus oder der besserwisserischen Arroganz, mit denen Schröder oder Blair ihre Sozialdemokratie in die Sackgasse und schlussendlich Krise geführt haben.

Andrea Ypsilanti auf dem SPD-Parteitag in Hanau

Foto: dpa

Andrea Ypsilanti hat dies im übrigen schon immer kritisiert und galt darum auch einmal als Exotin in einer SPD, die allen ernstes glaubte, den interessengeleiteten Heilsversprechen der neoliberalen Eliten nachlaufen und den Staat demontieren zu müssen, um ihrer staatstragenden Verantwortung gerecht zu werden. Doch diese Zeiten scheinen vorbei.

Andrea Ypsilanti wird ihren Weg machen, weil es der Weg einer sozialen Demokratie ist.

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW. Bei den Grünen machte er sich zuletzt für einen Abschied aus der von Ex-Außenminister Fischer geprägten Ära stark, wie sich bei Entscheidungen der Partei zum Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr oder für künftigen Wahlkämpfe zeigte.

Alle Rechte © 2008 NZ Netzeitung GmbH

Freitag 14
Die Ost-West-Wochenzeitung
04.04.2008

Robert Zion

Uns bleibt nur die Flucht nach vorne

ZUKUNFT DER GRÜNEN ■ *Sieben Thesen zum Beginn einer der vielleicht schwierigsten Phasen der Grünen in ihrer Geschichte*

Nach den Landtagswahlen in Hessen und Niedersachsen hat sich in der Bundsrepublik auf unbestimmte Zeit ein Fünf-Parteien-System etabliert. Schon werden die Grünen, hierin die alte FDP beerbend, als Scharnierpartei zur Mehrheitsbeschaffung in einer derzeit noch blockierten Republik gesehen. Die Partei wird sich dem kaum entziehen können – und steht so vor einer strategischen und inhaltlichen Zerreißprobe.

***1. Das eigenständige Profil und die programmatische Unterscheidbarkeit von allen anderen Parteien haben oberste Priorität* (Hier am Beispiel der Sozial- und Arbeitspolitik):** Auch wenn die Grünen nach wie vor ein großes gemeinsames Wählerpotential mit der SPD aufweisen, so kann sich für die Partei die programmatische Abhängigkeit von einer ziel- und konzeptionslosen Sozialdemokratie als gefährlich erweisen. Die gefühlten oder rhetorischen Linksrucke bei der SPD überdecken nur Mühsam die Tatsache, dass sich die Sozialdemokratie noch nicht im Kopf und erstrecht nicht im Herzen vom überkommenen industriegesellschaftlichen Wohlfahrtsmodell samt der Mystifizierung von Lohnarbeit und Vollbeschäftigung am ersten Arbeitsmarkt verabschiedet hat. Den Preis, den die Sozialdemokratie für diesen Holzweg zu zahlen bereit ist, wurde im Schröder-Blair-Papier benannt: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit“. Lösen sich die Grünen nicht von diesem Dogma und den entsprechenden Fehlsteuerungen seit der Agenda2010, droht ihnen an der Seite der SPD die Dauerkrise. Zugleich kann dies nicht bedeuten, sich in dieser Frage der CDU oder FDP anzunähern (Kombilöhne, Sozialstaatsabbau). Das programmatische Potential für ein klar unterscheidbares Profil in der Sozial- und Arbeitspolitik im Rahmen der Globalisierung und des ökonomischen Umbruchs hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft schlummert bei den Grünen seit Jahrzehnten: Die Entkoppelung von (Grund-)Einkommen und (Lohn-)Arbeit. Zur Zeit allerdings wird es zugunsten einer vermeintlich notwendigen „Anschlussfähigkeit“ (siehe These 4) an die anderen Parteien (noch) unterdrückt.

2. Die Grünen müssen sich innerparteilich vom *Zwei-Lager-Denken „Fundis“/„Realos“ endgültig verabschieden:* Das einstige Unterscheidungskriterium Regierungswillen versus Fundamentalopposition ist längst obsolet. So nennen sich die einstigen Flügel auch heute „Linke“ und „Reformer“. Doch werden selbst in Reformerkreisen heute linke Politikansätze vertreten und bei den Linken reformistische Projekte. Die Wahrheit der Partei in der Nach-Fischer-Ära ist längst eine andere. Sie besteht in der Notwendigkeit einer (erneuten) Zusammenführung der in der Partei vertretenen Grundströmungen: Linke, (Wert-)Konservative und (Menschen- und Bürgerrechts-)Liberale und dies unter gänzlich neuen gesellschaftlichen Bedingungen. Hierin unterscheidet sich die neue Aufgabe der Grünen im Grunde nicht von der alten, denn auch die Grundsäulen der Partei – ökologisch, sozial, basisdemokratisch, gewaltfrei – waren ein Kompromiss, der die politischen Grundströmungen in der aufgewühlten Gründungsphase zusammengeführt hat. Dennoch wird ein neuer Kompromiss nicht weniger

schwierig vonstatten gehen als der alte, denn die gesellschaftliche Hegemonie des Neoliberalismus (vor allem in der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik) und des Neokonservativismus (vor allem in der Außenpolitik) ist auch an den Grünen nicht spurlos vorüber gegangen. Diese beruhen aber auf ideologischen und kaum kompromissfähigen Grundeinstellungen. Und nicht jeder Neoliberale bei den Grünen ist wie Oswald Metzger gewillt, die Partei in Richtung Union zu verlassen, nicht jeder Neokonservative versteht bisher die Bedeutung seiner Niederlage vom Göttinger Sonderparteitag. Die zur Überlebensfähigkeit notwendige Neuaufstellung, die einst mit dem Weggang der nicht kompromissfähigen dogmatischen Ökosozialisten erfolgte, steht der Partei heute in veränderter Form wieder bevor. Dem endgültigen Grenzen setzen nach links muss nun ein ebensolches Grenzen setzen nach rechts folgen. Geschieht dies nicht, droht angesichts sich abzeichnender neuer Regierungsbündnisse (siehe These 4) die Spaltung der Partei.

3. Die Grünen brauchen *neue politische Projekte*, die die Strömungen in der Partei zusammenführen und die zugleich *neue Wählerschichten* erschließen: Die Erben der alten "Fundi-/Realo-Flügel" (siehe These 2) sind nach wie vor noch unter sich und streben in unterschiedliche Richtungen: Während die Parteilinke sich vorsichtig der Linkspartei annähert und Linksbündnisse anstrebt, bewegen sich die "Reformer" in Richtung bürgerliche Mitte. Die Spaltungsgefahr ist real, wenn wir in diesem Schema der Lagerausrichtung verharren. Andererseits haben die Parteitage von Göttingen und Nürnberg gezeigt, dass es durchaus an unseren Grundwerten (ökologisch - sozial - basisdemokratisch - gewaltfrei) ausgerichtete neue politische Projekte geben kann, die die Partei wieder zusammenführen: In der Friedens- und Außenpolitik (Göttingen) und beim Grundeinkommen (Nürnberg) haben sich so vor allem Linke mit Wertkonservativen (Baden-Württemberg, Antje Vollmer etc.) verbunden und zugleich die Säule der Basisdemokratie wieder renoviert. Auch haben wir dabei ein Modell geliefert, wie wir der neuen politischen Konkurrenz auf der Linken erfolgreich entgegentreten können: Eine Friedenspolitik ohne Fundamentalverweigerung, eine neue emanzipatorische Sozialpolitik ohne Rückblicke auf die "heile Welt" des alten Sozialstaates der siebziger Jahre. Wählerschichten also, denen eine reine Protestpartei ohne Lösungen nicht reicht, sondern die konkrete und zeitgemäße Alternativen verlangen, können wir hiermit ansprechen.

4. Zukünftige Regierungsbündnisse werden sich nicht mehr über Lager definieren, sondern über *gesellschaftliche und politische Themenschwerpunkte und Projekte:* Im neuen Fünf-Parteien-System zeichnet sich eine neue Entwicklung ab: Regierungsbündnisse werden nicht mehr als Lager ("links", "bürgerlich") definiert werden können, sondern als Projekte, die bestimmte Inhalte nach vorne treiben. Die Politik einer Regierung wird nicht mehr "aus einem Guss" sein. Dort, wo keine Kompromisse zwischen den Programmatiken möglich sind, wird es "Stillhalteabkommen" geben, dort wo gemeinsame Projekte definiert wurden, konkrete Politik und Reformen. Dabei wird zunehmend der Dialog und die Sondierung der Parteien untereinander vor den Wahlen an Bedeutung gewinnen. Zugleich werden gesellschaftliche Entwicklungstendenzen und Bündnisse wahrscheinlich bedeutender als die Programme der Parteien. Die Parteien selbst könnten zunehmend die Rolle von Vermittlern und Transformatoren für solche gesellschaftlichen Entwicklungstendenzen übernehmen. Für die Grünen kann diese Entwicklung durchaus positiv sein, da dies im Grunde schon immer die Rolle und Identität der Partei war. Es kann aber auch eine Gefahr bedeuten, da es bei uns auch Kräfte gibt, die die neue Entwicklung als Aufgabe deuten, unsere Programmatik so weit zu verflachen, bis "Anschlussfähigkeit" an alle Parteien hergestellt ist. Die größte Gefahr in der neuen Situation für uns ist daher der inhaltslose Machtopportunismus.

5. Die *Parteibasis* und die *Querdenker* sind keine „Gefahr“ für die Partei, sondern ihre Chance: Entwickeln wir kein neues Sensorium für in der

Gesellschaft schwelende Entwicklungstendenzen (siehe These 4), werden wir kaum eine Chance haben, im neuen System als eigenständige politische Kraft zu überleben. Dieses Sensorium ist die Parteibasis vor Ort und in ihr diejenigen, die auch mutig Fehlentwicklungen thematisieren und auf Grundlage ihrer Erfahrungen auch Korrekturen einfordern. Nahezu die gesamte Gründergeneration ist eine Generation der Individualisten und Querdenker gewesen. Die dogmatischen Erstarrungen, unüberbrückbaren Grabenkämpfe und Opportunismen, die diese Generation im Laufe der Jahre erfasst haben, blockieren derzeit die Partei. Ein Generationenwechsel, der diesen Namen auch verdient, braucht neue Leute in Verantwortung, die sich eigenständig profilieren und nicht strömlinienförmig nach oben dienen. Politisches Profil gewinnen PolitikerInnen aber nur dadurch, wenn sie anecken dürfen und nicht als "Querulanten" oder "Störfaktoren" von einer von oben verordneten Parteiräson gleich klein gehalten oder "vernichtet" werden. Dem gemäß sind die Grünen keine Partei, die im klassischen Sinne "geführt" werden muss, sondern ein Ideen- und Personalpool, der organisiert werden sollte.

6. Die Grünen leiden unter einer *zweifachen personellen Blockierung,* die sie dringend überwinden müssen: In jahrelangen, zum Teil jahrzehntelangen Flügelkämpfen mit zuweilen tiefgehenden persönlichen Verletzungen haben sich viele unserer derzeitigen Funktions- und MandatsträgerInnen in innerparteilich nahezu kompromiss- und ausgleichsunfähige Positionen gebracht (erste Blockierung). Zugleich besetzen diese die quantitativ knappen Positionen in Vorständen und Parlamenten hartnäckig (zweite Blockierung). Die erste Blockierung ist nur aufzulösen, wenn die zweite zuerst aufgelöst wird. Zugleich aber lässt die "Parteielite" sehr oft Nachwuchs - wenn überhaupt - nur zu, wenn sich dieser in die alten Schemata der Fundi-Realo-Flügel willfährig ein- und unterordnet. So "züchten" sich Opportunisten und Dogmatiker wieder neue Opportunisten und Dogmatiker heran, um ihre eigene Position "da oben" halten zu können. Die Lösung kann nur in These 5 liegen. Die dringend notwendige Rückgewinnung eines eigenständigen Profils (siehe These 1) kann aber darüber hinaus auch nur gelingen, wenn ein Teil des alten Führungspersonals, das mit politischen Fehlsteuerungen in Verbindung gebracht wird (Agenda2010, Kriegseinsätze), nach und nach abgelöst wird. Ein glaubwürdiger neuer Kurs braucht neue Leute und nicht wieder die alten, deren Fähnchen auf Grund des neuen Kurses jetzt nur in eine andere Richtung flattern.

7. Die Parteilinke steht vor einer neuen Herausforderung: *Der Integration der Grundströmungen:* Es zeichnet sich immer mehr ab, dass die jahrzehntelang anhaltende neoliberale Hegemonie gebrochen ist. Die Republik und in ihr die Parteien (mit Ausnahme der FDP) rücken, wenn zum Teil auch nur symbolisch, nach links. Damit rückt die Grüne Linke innerhalb des sensiblen Konstrukts der Grundströmungen in der Partei in die Mitte der Grünen. Folglich stellt sich besonders für uns als Parteilinke die Aufgabe, integrierend zu agieren, wenn wir die Partei zusammen halten wollen. Damit liegt es aber gerade an uns, neue Projekte voranzutreiben (siehe These 3) und offen Abgrenzungen gegenüber nicht integrierbaren politischen Konzepten von rechts und links zu benennen (siehe These 2). Die Parteilinke sollte sich dem gemäß expliziter als Hüterin unserer vier Grundsäulen verstehen (siehe These 1).

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW

mail an die Redaktion nach oben

DIE ZEIT

28.4.2008 - 11:29 [http://www.zeit.de/online/2008/18/schwarz-gruen-zion]

Schwarz-Grün

Grün ist die Hoffnung – der CDU

Die Hamburger Koalition mit den Grünen ist für die Union ein wichtiger Schritt ihrer Modernisierung. Um später umso stärker neoliberal regieren zu können. Ein Gastkommentar

Von Robert Zion

Geschafft! Nachdem die Basis der Hamburger Grün-Alternative Liste (GAL) dem Koalitionsvertrag mit der CDU zugestimmt hat, dürfte ein Aufatmen durch das Konrad-Adenauer-Haus gegangen sein. Denn eines darf Angela Merkel und ihrer Union im gegenwärtigen Umbruch der Volksparteien keineswegs passieren: ein ähnliches Desaster wie der SPD nach Schröder, also Abspaltung (Die Linke), Verlust einer Integrationsfigur (Lafontaine), machtpolitische Marginalisierung. Schwarz-Grün ist ein zentraler Baustein für die CDU, wenn sie in ihrem Modernisierungsprozess ihre Machtchancen behalten will.

Nichts wäre für die CDU gefährlicher gewesen, als wenn sie 2005 mit der FDP tatsächlich die Mehrheit gewonnen und durchregiert hätte, mit Kirchhoff'scher Steuerpolitik, marktliberalem Credo, Law and Order und dem Anspruch einer neuen militärischen Mittelmacht im globalen Poker um die Markt- und Rohstoffzugänge. Nicht nur ein Heiner Geißler wäre gegangen und vielleicht nicht nur zu Attac, der christliche Arbeitnehmerflügel hätte wie wild um sich geschlagen, der außenpolitische Glanz, der einer Kanzlerschaft eigen ist, hätte sich in den finalen Jahren des Niedergangs des US-Neokonservativismus wohl rasch eingetrübt.

Doch es ist ja anders gekommen. Schwarz-Grün, so stellte der grüne Umweltsenator Reinhard Loske aus Bremen fest, ist ein „Medienhype“ geworden. Während in Berlin die Mehrheits- und Machtfrage großkoalitionär stillgestellt ist, geben sich die Konservativen einen modernen grünen Anstrich. Die Ingredienzien dieses Farbanstrichs, ja die Farbe selbst sind dabei zweitrangig. Was zählt, ist die Wirkung. Denn nichts braucht Angela Merkel für ihre Union dringender als den Eindruck der Modernität, als eine große Erzählung von moralischer Verantwortung und Sinn.

Während die Mittelschicht, Träger einer krisenhaft gewordenen parlamentarischen Demokratie, zerbröckelt und die soziale Auseinanderdrift zunimmt, spricht der Berliner CDU-Chef Friedbert Pflüger daher auch unentwegt vom sonnigen „Jamaika“, von der „Wiedervereinigung des

Bürgertums“, von der „Versöhnung von Ökologie und Ökonomie“. Gerne wird von ihm und der Union den Grünen alles Ökologische und Soziale in der Hamburger Koalition zugerechnet, völlig unabhängig davon, ob die GAL es durchgesetzt hat oder ob es ihnen von Ole von Beust hinterhergetragen wurde; ob es einen echten Fortschritt darstellt oder ob es nur so wirken soll.

Die bösen Sachen (Elbvertiefung, Studiengebühren, Abschiebungen) sind alle schwarz, und die guten Sachen (Sozialticket, Straßenbahn, längeres gemeinsames Lernen) sind alle grün. Sogar aus der CDU-Perspektive stellt sich das so dar, soll sich das so darstellen: Das Gute an von Beust ist nicht das Schwarze, sondern das Grüne.

Und was nicht passt, das wird halt passend gemacht. Im Hamburger Koalitionsvertrag finden sich dann auch geradezu groteske Sätze wieder: „Ausländische Straftäter, gewaltbereite Islamistinnen und Islamisten und terrorverdächtige Gefährderinnen und Gefährder werden auch weiterhin konsequent abgeschoben“ – der "Krieg gegen den Terror" geschlechtergerecht „gegendert“. „Ergänzungskoalition“ lautet die offizielle grüne Sprachregelung hierfür.

Aber die wirkliche Ergänzungskoalition, das ist auf Bundesebene die Große Koalition. Der große Kompromiss, den sie darstellt, gegenwärtig noch konjunkturell gestützt, ein solcher wäre mit den Grünen nicht zu machen. In dem Augenblick, in dem die SPD nicht mehr regiert, wird es rundgehen in Deutschland, dann steht die Lager- und Machtfrage wieder dauernd auf der Tagesordnung.

Denn die Grünen repräsentieren nicht das soziale Gegenanliegen zur CDU, sie sind machtpolitisch und von ihrer Klientel her überhaupt nicht in der Lage, mitzuhelfen, soziale Konflikte stillzulegen. Die Union wildert noch so lange im linken Lager, dem gegenwärtig ein gemeinsames Projekt fehlt, bis sie modern und attraktiv genug wirkt, um neu legitimiert, machtpolitisch endlich durchsetzungsfähig und dann selbstverständlich gemeinsam mit der FDP den globalen Raubtierkapitalismus endgültig auf die Bundesrepublik loszulassen.

Und die Grünen selbst? Für sie ist, wie der überzeugte rot-grüne Joschka Fischer vergangene Woche in seine Kolumne auf ZEIT online warnte, die Fallhöhe enorm hoch. Es könnte eine brutale Landung werden – ohne Helm, ohne Gurt und ohne Fallschirm.

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW

ZEIT online

sueddeutsche.de

Ressort: Deutschland
URL: /deutschland/artikel/206/171701/
Datum und Zeit: 28.04.2008 - 16:20

28.04.2008 09:52 Uhr

Schwarz-Grün in Hamburg

Grün ist die Hoffnung - der CDU

Die Koalition mit den Grünen ist für die Hamburger CDU ein willkommener moderner Anstrich. Für die Grünen ist die Fallhöhe enorm hoch; es könnte eine brutale Landung werden.
Ein Gastkommentar von Robert Zion

Robert Zion warnt davor, dass sich vor allem die CDU mit der schwarz-grünen Koalition in Hamburg profiliert.
Foto: dpa

Geschafft! Nachdem die Basis der Grünen Alternative Liste (GAL) dem Hamburger Koalitionsvertrag zugestimmt hat, dürfte ein Aufatmen durch das Konrad-Adenauer-Haus gegangen sein. Denn eines darf Angela Merkel und ihrer Union im gegenwärtigen Umbruch der Volksparteien keineswegs passieren. Ein ähnliches Desaster wie der SPD nach Schröder: Abspaltung (Die Linke), Verlust einer Integrationsfigur (Lafontaine), machtpolitische Marginalisierung. Schwarz-Grün ist ein zentraler Baustein für die Konservativen, wenn sie in ihrem Modernisierungsprozess vom Konservativismus in einen Neokonservativismus ihre Machtchancen behalten wollen.

Nichts wäre für die CDU gefährlicher gewesen, als wenn sie 2005 mit der FDP tatsächlich die Mehrheit gewonnen und durchregiert hätte, mit Kirchhoffscher Steuerpolitik, marktliberalem Credo, Law and Order und als neue militärische Mittelmacht im globalen Poker um die Markt- und Rohstoffzugänge. Nicht nur ein Heiner Geißler wäre gegangen und vielleicht nicht nur zu Attac, der christliche Arbeitnehmerflügel hätte wie wild um sich geschlagen, der außenpolitische Glanz, der einer Kanzlerschaft eigen ist, hätte sich in den finalen Jahren im Niedergangsprozess des US-Neokonservativismus rasch eingetrübt.

Doch es ist ja anders gekommen. Schwarz-Grün, so stellte der grüne Umweltsenator Reinhard Loske aus Bremen fest, ist ein "Medienhype" geworden. Während in Berlin die Mehrheits- und Machtfrage großkoalitionär stillgestellt ist, geben sich die Konservativen einen modernen grünen Anstrich. Die Ingredenzien dieses Farbanstriches, ja die Farbe selbst sind dabei zweitrangig. Was zählt ist die Wirkung. Denn nichts braucht Angela Merkel für ihre Union dringender, als den Eindruck der Modernität, als eine große Erzählung von moralischer Verantwortung und Sinn.

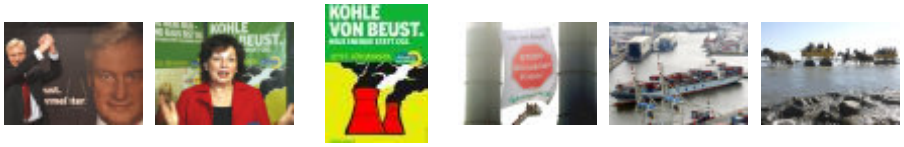
Während die Mittelschicht, Träger einer krisenhaft gewordenen parlamentarischen Demokratie, zerbröckelt und die soziale Auseinanderdrift zunimmt, spricht der Berliner CDU-Chef Friedbert Pflüger daher auch unentwegt vom sonnigen "Jamaika"“, von der "Wiedervereinigung des Bürgertums", von der "Versöhnung von Ökologie und Ökonomie".

Gerne wird von ihm und der Union den Grünen alles Ökologische und Soziale in der Hamburger Koalition zugerechnet, völlig unabhängig davon, ob die GAL es durchgesetzt hat oder ob es ihnen von Ole von Beust hinterhergetragen wurde, ob es einen echten Fortschritt darstellt oder ob es nur so wirken soll.

Lesen Sie auf Seite 2, wie lange die Union Zion zufolge noch im linken Lager

wildert.

Bildstrecke Schwarz-grüne Knackpunkte



Die bösen Sachen (Elbvertiefung, Studiengebühren, Abschiebungen) sind alle schwarz und die guten Sachen (Sozialticket, Straßenbahn, längeres gemeinsames Lernen) sind alle grün. Sogar aus der CDU-Perspektive stellt sich das so dar, soll sich das so darstellen: Das Gute an von Beust ist nicht das Schwarze, sondern das Grüne.

Und was nicht passt, das wird halt passend gemacht. Im Hamburger Koalitionsvertrag finden sich dann auch geradezu groteske Sätze wieder: "Ausländische Straftäter, gewaltbereite Islamistinnen und Islamisten und terrorverdächtige Gefährderinnen und Gefährder werden auch weiterhin konsequent abgeschoben" - Neokonservativismus sprachlich ge-gendert, "War against Terror" geschlechtergerecht. "Ergänzungskoalition" lautet jetzt die offizielle grüne Sprachregelung hierfür.

Aber die wirkliche Ergänzungskoalition, das ist auf Bundesebene die große Koalition. Der große Kompromiss, den die große Koalition darstellt, gegenwärtig noch konjunkturell gestützt, ein solcher wäre mit den Grünen nicht zu machen. In dem Augenblick, in dem die SPD nicht mehr regiert, wird es rundgehen in Deutschland, dann steht die Lager- und Machtfrage dauernd auf der Tagesordnung. Denn die Grünen repräsentieren nicht das soziale Gegenanliegen zur CDU, sie sind machtpolitisch und von ihrer Klientel her überhaupt nicht in der Lage, eine Stillstellung sozialer Konflikte zu organisieren.

Die Union wildert noch solange im linken Lager, dem gegenwärtig noch ein gemeinsames Projekt fehlt, bis sie modern und attraktiv genug wirkt, um dann neu legitimiert und machtpolitisch endlich durchsetzungsfähig und dann selbstverständlich gemeinsam mit der FDP den globalen Raubtierkapitalismus endgültig auf die Bundesrepublik loszulassen.

Und die Grünen selbst? Für sie ist, wie der überzeugte rot-grüne Joschka Fischer kürzlich anmahnte, die Fallhöhe enorm hoch. Es könnte eine brutale Landung werden - ohne Helm, ohne Gurt und ohne Fallschirm.

Robert Zion, Jahrgang 1966, gehört dem Kreisverbandsvorstand der Gelsenkirchener Grünen an. Er zählt zum linken Parteiflügel und sorgte im September 2007 auf dem Grünen-Sonderparteitag für Aufsehen: Er warb erfolgreich für den von ihm mitinitiierten Antrag, dass die deutschen Tornado-*Aufklärungsflugzeuge aus Afghanistan abgezogen werden müssen und die US-geführte Anti-Terror-Operation "Enduring Freedom" sofort enden sollte. Neben seiner politischen Tätigkeit arbeitet Zion als Journalist, Publizist und Buchautor.*

(sueddeutsche.de/bosw)

Artikel drucken | Fenster schließen

Copyright © sueddeutsche.de GmbH / Süddeutsche Zeitung GmbH
Artikel der Süddeutschen Zeitung lizenziert durch DIZ München GmbH. Weitere Lizenzierungen exklusiv über www.diz-muenchen.de

prager frühling
MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

07.05.2008

Schon wieder versprochen

Von Robert Zion

In ihrem Aufsatz in der *Sueddeutschen Zeitung* zum 1. Mai folgen Frank-Walter Steinmeier und Kurt Beck (SPD) Wirtschaftsminister Glos (CSU) nach und versprechen die Vollbeschäftigung – und dokumentieren damit nur einmal mehr den Niedergang der Sozialdemokratie.

Wenn die zwei designierten Kanzlerkandidaten der SPD zum Tag der Arbeit über die Zukunft derselben einen Aufsatz veröffentlichen, dann ist dies keine Kleinigkeit. Hier geht es schlicht um eine der Kernfragen, die das historische Projekt der Sozialdemokratie stets mit ausgemacht hat und die sie, will sie den Umbruch in eine postindustrielle Gesellschaft überleben, neu beantworten muss. Aber die Antwort, die die beiden um die Führung der SPD ringenden Spitzenvertreter ihrer Flügel gemeinsam noch geben können, ist mehr als ernüchternd. Es ist schon wieder ein Versprechen – durchaus im doppelten Wortsinn zu verstehen.

Die Botschaft lautet, dass nach *New Labour* dank der SPD jetzt *Good Labour* kommen würde – und zwar für alle: „Die Anstrengung hat sich für das Land und die Menschen ausgezahlt. An diesem 1. Mai, nach knapp zehn Jahren sozialdemokratischer Gestaltung in der Bundesregierung, können wir mit einigem Stolz sagen, dass wir die Wende zum Besseren geschafft haben. Die Zahl der Arbeitslosen ist auf gut 3,5 Millionen gesunken. Wir sehen sogar gute Chancen, in diesem Jahr zum ersten Mal im vereinten Deutschland wieder eine ‚Zwei' vor dem Komma zu erreichen. (...) Gestärkt durch die Erfolge, sagen wir jetzt: Wir wollen die Arbeitslosigkeit nicht nur bekämpfen – wir wollen sie besiegen. Unser Ziel für das nächste Jahrzehnt ist: Vollbeschäftigung in Deutschland zu guten Löhnen und fairen Arbeitsbedingungen."

Der Wahrheits- und Plausibilitätsgehalt dieser forschen Eigenwerbung ist ungefähr so hoch, wie der Umfragewert der SPD. Laut Forsa liegt dieser derzeit bei 23 Prozent. Machen wir doch einmal eine andere Rechnung auf, benutzen wir die Statistik also nicht als Politikum, sondern verstehen wir sie doch einfach als möglichst präzise Entscheidungsgrundlage für die Politik. Demnach sind laut Bundesregierung von den 2007 durchschnittlich 6,348 Millionen Beziehern von Arbeitslosengeld I (Alg I) und Arbeitslosengeld II (Alg II) 3,135 Millionen (49 Prozent) nicht in der Arbeitslosenstatistik registriert. Dagegen sind insgesamt 3,213 Millionen (51 Prozent) arbeitslos gemeldet gewesen, so die Regierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion. Außer den Leistungsempfängern habe es noch 686.000 Arbeitslose gegeben, die keine Geldleistungen aus der Arbeitslosenversicherung bezogen. Von den durchschnittlich 1,092 Millionen Alg-I-Empfängern im Jahr 2007 seien 26 Prozent nicht in der Arbeitslosenstatistik aufgetaucht - schreibt die Regierung. 225.000 der Alg-I-Bezieher fielen unter die so genannte 58er-Regel, 25.000 der nicht als arbeitslos geführten Personen hätten an einer Trainingsmaßnahme teilgenommen, 26.000 seien arbeitsunfähig erkrankt und 16.000 seien vermindert leistungsfähig gewesen.

Kriterien für die Aufnahme in die Arbeitslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit sind die Arbeitslosmeldung, die Beschäftigungslosigkeit und die Verfügbarkeit. Danach würden etwa Personen, die arbeitsunfähig erkrankt oder dauerhaft erwerbsgemindert sind, nicht als arbeitslos gezählt, "weil sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen". Wie aus der Antwort weiter hervorgeht, waren von den im Jahr 2007 durchschnittlich 5,329 Millionen Alg II-Empfängern 2,473 Millionen (46 Prozent) als arbeitslos registriert und 2,856 Millionen (54 Prozent) nicht als arbeitslos registriert. Eine Zuordnung zu bestimmten Gruppen sei bisher statistisch nur annäherungsweise möglich. Zur Gruppe der erwerbstätigen Hilfebedürftigen ("Aufstocker") mit einem monatlichen Bruttoeinkommen von mehr als 400 Euro zählten demnach 524.000 Personen. Der Gruppe der "Ein-Euro-Jobber" und Teilnehmer an Qualifizierungsmaßnahmen wurden demnach 418.000 der als nicht arbeitslos registrierten Alg-II-Bezieher zugeordnet. Ferner seien 484.000 unter-20-jährige und 312.000 über-58-jährige Alg-II-Empfänger statistisch nicht als arbeitslos geführt worden.

Summa summarum: 8.086.000. Nun mögen es je nach Zählung ein bisschen weniger oder ein bisschen mehr sein. Doch darauf kommt es nicht wirklich an. Worauf es ankommt, ist, dass die Sozialdemokratie den gewaltigen Umbruch unserer Arbeitsgesellschaft schön- und sich dabei gegenwärtig selbst endgültig um Kopf und Kragen redet. Die einzige statistische Zahl, die dem gemäß für Steinmeier und Beck wirklich ein Politikum sein und deren Wahrheitsgehalt sie sehr ernst nehmen sollten, ist die von Forsa ermittelte 23. So hängen weit über hundert Jahre sozialdemokratische Identität und Kampf für menschenwürdige Arbeit in der Industriegesellschaft nunmehr wie ein schwerer Fels am Bein einer SPD, die keinen Schritt vorwärts kommt. Ein Fels, der sie nun im Strudel eines in der Seele der Sozialdemokratie noch nicht angekommen Modernisierungsprozesses mit in den Abgrund zu ziehen droht. Steinmeier und Beck glauben sich an diesem Fels festhalten zu müssen.

Die SPD hat sämtliche linken Diskurse über den postindustriellen Wandel der Arbeit hin zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft glatt verschlafen. Eine Sozialdemokratie aber, die einen falschen Arbeitsbegriff hat, hat gar keinen mehr. Die Partei überaltert folglich, nicht nur demografisch in den Unterbezirken und Ortsverbänden, sondern auch konzeptionell. Die Antwort, die Gerhard Schröder und Tony Blair 1999 (im Schröder-Blair-Papier) mit *New Labour* noch geben konnten, lautete: „Teilzeitarbeit und geringfügige Arbeit sind besser als gar keine Arbeit." Der protestantische Arbeitsethos, von dem einst Max Weber sprach, sitzt tief. Und nachdem mit der Agenda2010 ein guter Teil dieses Programms umgesetzt wurde, lautet die Antwort, die Steinmeier und Beck noch geben können: Mindestlöhne. Dies wirkt nicht nur wie eine nachträgliche Rechtfertigung der erfolgten Teilumwandlung von Massenarbeitslosigkeit in Arbeitsarmut, es ist auch so gedacht.

De facto wird es ohnehin eine Rückumwandlung werden. Dass nämlich die Arbeitgeber in den unteren Segmenten ihre Arbeitnehmer schlichtweg nicht über deren Produktivität entlohnen können, vor dieser ernüchternden ökonomischen Tatsache wird auch der Zweckoptimismus der beiden SPD-Granden nicht lange hinwegtäuschen können. Es sei denn, die Einführung flächendeckender Mindestlöhne würde tatsächlich zu einer massiven Zurückverteilung vom Faktor Kapital zum Faktor Arbeit führen und der verteilungsneutrale Spielraum tatsächlich wieder annähernd erreicht. Wer's glaubt wird selig – und hätte damit der sozialdemokratischen Seele bestenfalls noch ein letzte Schonfrist eingeräumt. Man ist schon fasst versucht, ihnen daher die Worte des leider verstorbenen Peter Glotz hinterher zu rufen: „Zwar war ich nie das, was man in meiner Jugend mit dummem Stolz einen 'Marxisten' genannt hat. Ein Element der marxistischen Lehre habe ich aber immer für richtig gehalten: Es macht keinen Sinn, gegen ökonomische Gesetzlichkeiten anzugreinen." Stattdessen ist es die von Glotz diagnostiziere „beschleunigte Gesellschaft", die die Sozialdemokratie gegenwärtig überholt.

Und so warten wir dann weiter auf den ersten Sozialdemokraten seit Willy Brandt mit Format. Auf den ersten, der einen neuen Ethos formuliert und sagt: „Über zwanzig Jahre falsche Versprechen sind genug. Die Zeit der industriegesellschaftlichen Normarbeit für alle ist ein für allemal vorbei. Der Markt nimmt nicht mehr alle zu für uns würdigen Bedingungen in seinem Korb auf. Wir brauchen in dieser Gesellschaft neue Anerkennungs- und Entlohnungsformen für Arbeit. Darum *müssen und können wir mehr Freiheit wagen*, ein Grundeinkommen und einen gemeinwohlorientierten Sektor".

Freitag 22
Die Ost-West-Wochenzeitung
30.05.2008

Robert Zion

Ein links-libertäres Angebot

WO SIND DIE QUERDENKER? ■ *Grüner Basis-Aufruf auf der Suche nach dem Aufbruch*

Welche Zielvorstellungen gibt es in der Gesamtlinken in der Bundesrepublik noch? Mathias Wedel hat im *Freitag* gerade erst über die Partei Oskar Lafontaines geschrieben: "Diese Linke kann sich nicht einmal selber sagen, wie die Gesellschaft aussieht, die sie will und für die zu streiten es sich lohnt. Vielleicht will sie gar keine andere." Eben.

In der "ziellosen Republik" (Franz Walter) fehlen im politischen Normalvollzug derzeit tatsächlich die offensiven, weit in die Zukunft gerichteten linken Ideale. Selbst die *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* fragte sich schon: "Wo finden Menschen heute eine Heimat, die sich noch eine andere Welt vorstellen können als die der Bushs und Börsenkurse. Wo sind die Querdenker? Eine solche Partei fehlt wahrlich in Deutschland. Die Grünen könnten (wieder) so eine Partei werden." Ja natürlich, die Grünen!

Doch blenden wir kurz zurück auf das Initialereignis, das ein neues Begehren nach einer tatsächlich links-emanzipatorischen Politik hervorgerufen hat - die Agenda 2010. Die Hinwendung zum sozialdemokratisch angemalten Neoliberalismus unter Rot-Grün, *New Labour* genannt, war in erster Linie das Eingeständnis, dass es in der Linken seit den siebziger Jahren versäumt wurde, tragfähige wirtschafts- und sozialpolitische Gegenmodelle zu entwickeln. Der Neoliberalismus schien eine Zeit lang tatsächlich alternativlos.

Während sich in der *Emanzipatorischen Linken* der Linkspartei die Abkehr von fordistischen Modellen, welche den Unternehmer nur durch den Staat ersetzen wollen, bereits artikuliert, wird nun auch bei den Grünen die Notwendigkeit einer erneuten Hinwendung zu grünen Grundwerten formuliert. Wie immer sind es gemeinsame Inhalte und nicht Parteizugehörigkeiten, die politische Bewegungen tragen.

So wird am Wochenende, wenn sich der linke Flügel der Grünen in Kassel trifft, dort auch über ein Manifest geredet werden, das seit drei Wochen in der Partei unter dem Titel "Links-libertär" kursiert: "Eine neue Zeit verlangt neue Akteure, ein neues Sensorium, eine neue Sprache, eine neue Politisierung und neue Bündnisse. Ein solidarischer Individualismus verlangt nach einer allen gemeinsamen neuen Basis. Daher machen wir allen, die mit uns aufs freie Feld hinaus und aus der Industriegesellschaft heraus treten wollen, ein neues Angebot."

Mittlerweile haben es nicht nur zahlreiche Grüne, sondern auch andere, darunter - ungewöhnlich genug - auch Mitglieder der Linkspartei unterzeichnet. Wir wurden gefragt: Was ist "Links-libertär" eigentlich? Sicher kein Flügel, auch keine Plattform. Vielleicht eine Strömung, die tatsächlich nach vorne fließt. Mit Sicherheit aber der Ausdruck eines dringenden Bedürfnisses nach einem Aufbruch in eine andere Gesellschaft, nach Transformation und Emanzipation, nach Alternativen in einer zugleich müde, autoritär und ritualisiert gewordenen Parteienkultur.

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW, der Aufruf ist im Internet unter

www.gruene-linke.de zu finden.

RiversideMagazin

"Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann!" (Picabia, 1922)

Schwanengesang

16. Juni 2008 | Von Robert Zion | Kategorie: Deutschland, Politik

Der Konservativismus und vermachtete Männerbünde zerstören die Gesamtlinke derzeit von innen heraus. Deutschland braucht aber die linke Bewegung einer progressiven, sozialen Demokratie.

„Ihr lieben alle", so sprach Gesine Schwan ihre konservativen Genossen des Seeheimer Kreises bei der traditionellen Spargelfahrt auf dem Wannsee an. Sie sind aber nicht lieb, die Rechten in der SPD. Ebenso wenig wie Dagmar Metzger, die derweil mit steinernem Gesicht im hessischen Landtag sitzt, weil die Arbeit im Landtag „ihr Spaß mache", und auf Anweisung ihrer Seeheimer den Aufstieg der Parteilinken in Person von Andrea Ypsilanti mit sturem „Gewissen" blockiert. Apropos Ypsilanti. Diese hat bei den hessischen Landtagswahlen mit einem klaren linken sozial-ökologischen Programm für die SPD mehr gewonnen als alle anderen Landesverbände seit 2001. Soviel also zur These, die SPD müsse in die Mitte - also noch weiter nach rechts -, um linke Mehrheiten erringen und gegen die CDU bestehen zu können.

Szenenwechsel. Parteitag der Linkspartei in Cottbus. Als es um die Rentenkampagne geht, tritt Katja Kipping ans Pult und merkt zu dem Kampagnenmotto „Gute Arbeit, gute Rente" an: "Bedeutet das etwa auch ‚schlechte Arbeit, schlechte Rente', oder ‚keine Arbeit, keine Rente'?" Zuvor war Kipping der neuen Juso-Vorsitzenden Franziska Drohsel noch rasch zur Hilfe geeilt, als diese, angestoßen durch einen Bericht in der rechten Postille „junge Freiheit", wegen ihre Mitgliedschaft in der „Roten Hilfe" in die Kritik der Medien und der eigenen Parteirechten geriet.

Rückblende. Nach dem Göttinger Sonderparteitag zu Afghanistan im September 2007 nennt CSU-Landesgruppenchef Ramsauer die Grünen einen „verlotterten, politisch kulturlosen Haufen." Dann kam Hamburg und freundlichere Töne wurden angeschlagen. Aus konservativer Sicht ist diese „Flexibilität" natürlich etwas ganz anderes, als das gebrochene Versprechen der Andrea Ypsilanti.

Erneuter Szenenwechsel. Seit Monaten schon warnt der überzeugte rot-grüne Joschka Fischer seine Erben bei den Grünen vor schweren Zeiten und der „Fallhöhe" der Partei angesichts eines allzu bequem gewordenen Politikverständnisses einer ganzen grünen Politikergeneration. Bei der Feier zu einem viertel Jahrhundert Grüne im Bundestag merkt er an: „Wir haben die Republik verändert, aber jetzt wird es ernst." Bereits bei seinem 60. Geburtstag ist er gegenüber „der ergrauten Grünen-Führung" (*Der Spiegel*) deutlicher geworden: „Das Ende der Rotation bedeutet nicht, dass das Ende im Plenarsaal abgewartet wird."

Politik wird von Menschen gemacht, schlechte Politik von schlechten Menschen, solidarische Politik von solidarischen Menschen. Und selbstverständlich sind Politiker wie alle anderen Menschen auch, prinzipientreu, opportunistisch, ehrlich, verlogen, konservativ, progressiv, klug, dumm. Wer würde dies bestreiten wollen? Die Frage scheint nur zu lauten: Sind unsere Parteien überhaupt noch so organisiert, dass darin die positiven Eigenschaften der Menschen zum Tragen kommen und damit zu Eigenschaften von in der Verantwortung stehenden Politikern werden können?

Die drohende „neorechtsliberale Koalition" (*taz*) sollte uns hier erst mal nicht interessieren, die Gesamtlinke ist es, die sich die Beantwortung dieser Frage möglichst bald auf die Fahnen schreiben sollte. Dann geht es nämlich um parlamentarische Sesselkleberei bei den Grünen, um einfache und nur wenig in die Tiefe gehende Parolen bei der Linkspartei und rechte Männerbünde bei der SPD, um Motivationsdefizite und Projektarmut, um Technokratie statt Utopie, um machtpolitisch durchgesetzte und medial verbreitete Gedankenarmut.

Es sind die rechten Flügel der drei linken Parteien in Deutschland, die derzeit die dringend notwendige Weiterentwicklung der noch jungen bundesrepublikanischen Demokratie machtpolitisch blockieren. Sicherlich: nicht alle Männer müssen notwendigerweise im Alter konservativ werden und die Zukunft ihrer Nachfahren dann nur noch in dem erblicken, was ihren eigenen Werdegang geprägt hat. Dennoch sind es gerade diese alten, konservativen Männer, die derzeit die Gesamtlinke prägen.

Die Frage, wie demokratisch unsere Demokratie eigentlich ist und noch werden kann, hängt daher wesentlich von der Frage ab, wie demokratisch unsere Parteien noch sind. Und Demokratie, das heißt zunächst einmal: Wechsel. Wird es eine neue Grünen-Generation geben, die unter veränderten Bedingungen noch die gleichen grundlegenden Fragen an diese Gesellschaft stellen wird, wie die Gründer-Generation? Werden sich in der Linkspartei die emanzipatorischen Kräfte durchsetzen, die von den alten Gewerkschafts-Kadern West ebenso weit entfernt sind, wie von den alten SED-Kadern Ost? Wird in der SPD irgendwann erkannt werden, dass eine vermeintlich staatstragende, in Wirklichkeit aber nur noch sich selbst tragende Technokratie derzeit die Sozialdemokratie demontiert?

Auf besagter Spargelfahrt der SPD-Rechten wurden hoffnungsfroh Buttons verteilt mit der Aufschrift: „Gesine for President". Kurz nach dem Schwanengesang auf dem Wannsee fielen die Umfragewerte der SPD auf 20 Prozent. Erneuern sich die linken Parteien nicht bald konzeptionell und personell, finden sie nicht bald ein gemeinsames Ziel, ist das linke Projekt auf unbestimmte Zeit zu Ende. Siehe Italien. Dabei zeichnet sich ein solches übergreifendes emanzipatorisches linke Projekt eigentlich schon länger ab. Denn der Sozialstaat kann sein altes Versprechen der Wohlstands- und Besitzstandswahrung nicht mehr einlösen. Was er aber einlösen kann und folglich auch tun sollte, ist, für alle das soziokulturelle Existenzminimum zu sichern - dies aber dann ohne Bevormundung und Kontrolle und garantiert. Mehr Freiheit, mehr Solidarität, mehr Einsicht, dass das Soziale und die Demokratie einander bedingen.

Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW

Freitag 30
Die Ost-West-Wochenzeitung
25.07.2008

Robert Zion

Bestelltes Schlachtfeld

GASTKOMMENTAR ■ *Die USA suchen den Casus Belle gegen den Iran - auch von Afghanistan aus*

Während in Genf erstmals seit 30 Jahren ein hochrangiger US-Diplomat offiziell mit dem Iran geredet hat, wird im Hintergrund die verdeckte Kriegsführung gegen Teheran forciert. CNN meldete nach dem aufs Zuhören beschränkten Besuch von US-Staatssekretär William Burns bei den Atomverhandlungen bereits eine "spektakuläre Wende" in der US-Außenpolitik. Aber handelt es sich wirklich um einen Durchbruch?

Gerade erst hatte Seymor M. Hersh im New Yorker die "verdeckte Kriegsführung innerhalb des Iran" beschrieben, für die das Weiße Haus jüngst - auch mit Zustimmung führender Demokraten - 400 Millionen Dollar vom Kongress eingefordert hat. Nun sind solche Geheimoperationen, durchgeführt von der CIA und dem Joint Special Operations Command JSOC vor allem eines: geheim. Dennoch ist ihre Ausweitung auch der US-Öffentlichkeit nicht verborgen geblieben.

Mit Vizepräsident Dick Cheney als treibender Kraft im Hintergrund geht es wieder einmal um die Ausschaltung "hochwertiger Ziele" im Rahmen des globalen "War on Terror", strategisch um die "Destabilisierung der religiösen Führerschaft des Landes" und um einen Regime-Wechsel im Iran.

Solche grenzüberschreitenden Operationen werden seit letztem Jahr vom Süd-Irak aus geführt, aber nicht nur. Das Zeitfenster für die Bush-Regierung schließt sich, und so ist es vor allem Cheney, der erheblichen Druck ausübt, um schnell Ergebnisse zu erzielen. Wenige Wochen nach einem Zusammenstoß zwischen der US-Marine und iranischen Schnellbooten Anfang Januar, fand in Cheneys Büro ein Treffen statt. "Es ging dabei darum", so Vize-Admiral Kevin Cosgriff, Kommandant der US-Seestreitkräfte in der Region, "wie ein Casus Belli zwischen Teheran und Washington zu schaffen sei".

Was in der deutschen Öffentlichkeit so gut wie unbekannt ist und was die Bundesregierung schlichtweg verschweigt: Offenbar finden auch von Afghanistan aus solch grenzüberschreitenden Operationen statt. "Im Iran besitzen CIA-Agenten und regional aktive Verbündete die sprachlichen Fähigkeiten und lokalen Ortskenntnisse, um mit den operativen Einheiten des JSOC in Kontakt zu treten, zusammenzuarbeiten und lenken so Personal, Material und Geld von einer unbekannten Basis in West-Afghanistan in den Iran", so Hersh.

Artikel 26 des Grundgesetzes stellt die Vorbereitung eines Angriffskrieges unter Strafe. Sollten sich Hershs Darstellungen bewahrheiten, ist dann nicht auch die eigentliche Aufgabe von ISAF, für eine Stabilisierung Afghanistans zu sorgen, bereits eine Handlung, die geeignet ist, die Führung eines Angriffskrieges gegen den Iran mit vorzubereiten? Welche Rolle spielen die Deutschen?

Gerade im US-Kongress mehren sich Stimmen, die beklagen, dass es offensichtlich eine Strategie der US-Regierung ist, die Grenzen zwischen Geheimdienstaktionen und militärischen Operation zu verwischen, um so Mittel

vom Kongress bewilligt zu bekommen und diesem zugleich Informationen über operative Details und Ziele vorzuenthalten. Selbst militärische Befehlsketten werden, wie hohe US-Militärs berichten, von den Hardlinern in der Bush-Regierung unterlaufen. Da beruhigt es nur wenig, wenn derzeit selbst US-Verteidigungsminister Gates vor den unabsehbaren Folgen eines möglichen Krieges gegen den Iran warnt: "Wir werden Generationen von Jihadisten erschaffen und noch unsere Enkel werden unsere Feinde hier in Amerika bekämpfen müssen."

Die Bundesregierung muss dringend zur Kenntnis nehmen, dass der Kriegsfall Afghanistan schon bald zum Kriegsfall Iran werden könnte. Das berührt nicht nur die Frage nach der Verfassungskonformität des Afghanistan-Einsatzes, sondern auch die nach jenen "Generationen von Jihadisten", die dann wohl nicht nur in Amerika bekämpft werden müssten.

Der Autor ist Grünen-Politiker in NRW

mail an die Redaktion nach oben

RiversideMagazin

"Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann!" (Picabia, 1922)

Die Irakisierung Afghanistans

30. August 2008 | Von Robert Zion | Kategorie: Internationales, Politik

Eskalation in einen sinnlosen Krieg oder verantwortbares Disengagement. Deutsche und Europäer sollten aus den von den US-Demokraten auf ihrem Parteitag gezogenen Lehren aus dem Irak für Afghanistan lernen.

Von Robert Zion

„Wie konnte es nur geschehen, dass so ein Dummkopf Präsident wurde?" Dies sagte nicht irgendwer an irgendeinem Stammtisch über George W. Bush jun., sondern kein geringerer als Al Gore auf dem Nominierungsparteitag der Demokraten für Barack Obama vor Millionen Zuhörern. Die Hoffnung und die Aufbruchstimmung, die von diesem Parteitag ausgingen, waren in Tat überwältigend, die historische Situation, die viele feststellten, fasst mit den Händen zu greifen. Eine Nation, die ihre Mitte und ihren Kompass verloren hat, sucht nach Heilung. Das „Hope" und „Change", von nahezu allen Rednern erwähnt, sind, wenn auch ursprünglich als Wahlkampfstrategie erdacht, mittlerweile keine leeren Worte mehr.

Einhellig auch die Äußerungen über den Irak-Krieg auf dem Parteitag: die Begründung war falsch, der Krieg war falsch, es muss einen verantwortbaren Rückzug geben. Guantanamo und die aufgerissene Wunde würden geschlossen werden, der Heilungsprozess beginnen. Was der zu erhoffende Wechsel für die in Afghanistan engagierten Deutschen und Europäer bedeuten könnte, zeichnet sich bereits ab. Die Schwerpunktverlagerung des „War on Terror" vom Irak auf Afghanistan scheint der außenpolitische Preis zu sein, den Obama für seine ambitionierte innenpolitische Agenda zu zahlen bereit ist.

Faktisch hat diese Verlagerung längst stattgefunden und dessen verheerende Eigenlogik nahezu zeitgleich mit dem Parteitag der US-Demokraten auch endgültig die im Norden stationierte Bundeswehr erreicht. Deutsche Soldaten, deren Präsenz im Norden bisher ein relativ hohes Ansehen unter den Afghanen genoss, werden getötet und töten, auch Frauen und Kinder, sollten sich die Berichte über der Vorfall an dem Kontrollposten südlich von Kundus vom vergangenen Donnerstag bestätigen.

Der Katastrophentheoretiker René Thom sagte einmal, dass „die Grenze des Wahren nicht das Falsche ist, sondern das Sinnlose." Bundeswehrsoldaten sind keine Mörder. Die für Afghanistan gültigen Einsatzregeln verbieten es ihnen, Zivilisten zu töten. Sollte sich aber die gegenwärtige Entwicklung verstetigen, dann tragen die politisch Verantwortlichen hierzulande dafür die volle Verantwortung, für diese und weitere tote Frauen und Kinder, wie auch für die Soldaten, die damit leben und fertig werden müssen. Denn unsere Soldaten in solche nicht mehr beherrschbare Situationen eines nicht gewinnbaren Guerilla-Krieges

schlittern zu lassen, die wir zu Tausenden aus dem Irak kennen, würde bedeuten die von Thom benannte Grenze zum Sinnlosen, endgültig überschritten zu haben.

Die schon so oft erwähnte Irakisierung Afghanistans darf nicht bedeuten, dass wir die Fehler, die die USA im Irak begangen und eingesehen zu haben scheinen, in Afghanistan wiederholen. Selbst um den Preis, einem neuen US-Präsidenten dann noch einmal widerstehen zu müssen. Darum kann das, was für die US-Demokraten jetzt im Irak richtig ist, für die in Afghanistan immer mehr in einen asymmetrischen Krieg verwickelten Deutschen und Europäer nicht falsch sein: eine schonungslose Bilanzierung, die Relativierung vollkommen überzogener und illusorischer Ziele, ein sofortiger Strategiewechsel weg von der Kriegslogik und eben der Beginn eines verantwortbaren Rückzugs. Andernfalls wird man sich hierzulande irgendwann selbst die Frage stellen müssen: Wie konnte es nur geschehen, dass…

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus NRW

Tags: Afghanistan, Al Gore, Barak Obama, Bundeswehr, Irak, ISAF, Krieg, Kriegslogik, NATO, Obama, René Thom, Robert Zion, Soldaten, Strategiewechsel, US-Demokraten, US-Präsident

sueddeutsche.de

Ressort: Politik
URL: /politik/997/309931/text/
Datum und Zeit: 12.09.2008 - 13:31

12.09.2008 12:03 Uhr

Die Bundeswehr in Afghanistan

Zeiten des Krieges

Nato und Bundeswehr sollten für Afghanistan ein festes Abzugsdatum ausverhandeln und im Rahmen eines Strategiewechsels einen verantwortlichen Abzugsplan formulieren.
Ein Gastkommentar von Astrid Rothe-Beinlich, Sven Giegold und Robert Zion

In Afghanistan naht wieder einmal der Winter. Für viele der dort lebenden Menschen bedeutet dies nicht nur ein jahreszeitbedingtes Abflauen der offenen Kampfhandlungen, sondern auch die Rückkehr des Hungers.

Auch im nun schon siebten Jahr der Intervention der internationalen Staatengemeinschaft scheint nichts wirklich definiert oder gar erreicht: Sinn und Zweck, die Ziele, der eigentliche Gegner, die Verbesserung der humanitären Lage.

Die Sicherheitslage in Afghanistan hat sich zuletzt weiter verschärft - auch für die deutschen Soldaten.
Foto: ddp

Zwischen Bundeswehrvertretern und Regierung ist man sich hierzulande noch nicht einmal darüber einig, ob dort überhaupt ein Krieg geführt wird, oder ob dies so genannt werden darf. Derweil werden fünf Millionen Menschen in diesem Winter in Afghanistan akut vom Hunger bedroht sein, so die Hilfsorganisation Oxfam.

In der zentralafghanischen Provinz Daikundi gar ist die Situation Oxfam zufolge so schlimm wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr, schlimmer also als zu Zeiten des Bürgerkrieges und der Taliban-Herrschaft. Und dies, obwohl die Staatengemeinschaft 2,6 Milliarden Dollar aufwendet - monatlich. Mittel, mit denen mittlerweile im Krieg in einigen Regionen wieder mehr zerstört als aufgebaut wird.

Auch die Absichtserklärung der Bundesregierung, für die Jahre 2008 bis 2010 etwa 420 Millionen Euro für den zivilen Aufbau bereitzustellen, würde kaum etwas an diesem krassen Missverhältnis ändern. In diesem Zeitraum verschlingt allein der Bundeswehreinsatz 1,5 Milliarden Euro.

Polizeiaufbau, Entwaffnung und wirtschaftliche Entwicklung müssen gesamtafghanisch als gescheitert bezeichnet werden. Ursprünglich sollte Afghanistan zu einer "freien Marktwirtschaft" entwickelt werden, angetrieben durch den privaten Sektor. Doch hat eine dahinterstehende ökonomische Interessenpolitik in erster Linie nur wenige Privilegierte begünstigt.

Über 90 Prozent aller Waren auf dem afghanischen Markt stammen folglich aus Importen. Landesweit ist von einer inoffiziellen Arbeitslosigkeit von circa siebzig Prozent auszugehen. Statistisch gesehen muss jeder Afghane von weniger als einem US-Dollar am Tag leben. Im "Failed State Index 2007" steht Afghanistan an achtschlechtester Position. Mohnanbau und Mohnhandel blühen. Das Land gilt als eines der korruptesten der Welt, die Zentralregierung in Kabul, zu achtzig Prozent vom Westen bezahlt, als schwach und wird weithin als US-Marionette wahrgenommen.

Lesen Sie auf Seite zwei, welche Lösung die Autoren vorschlagen

Eine auch nur ansatzweise identifizierbare Gesamtstrategie und einen realistischen Zeitrahmen gibt es nicht. Nicht nur zwischen den militärischen Gegnern, sondern auch unter den Nato-Partnern herrscht eine Art Naturrechtszustand: So viel Recht als Macht.

Während es bei Deutschen, Dänen, Holländern und so weiter insgesamt über siebzig Einsatzvorbehalte gibt, setzt sich faktisch die rücksichtslose taktische Kriegführung des US-Militärs durch: Luftkriegführung, schwerer Artilleriebeschuss, Kommandounternehmen, selbst bis Pakistan hinein.

Nach Human Rights Watch hat sich die Zahl der durch Luftangriffe internationaler Truppen getöteten Zivilisten in den vergangenen zwei Jahren fast verdreifacht. Der Gegner, der nach Schätzungen der Expertengruppe Senlis Council 54 Prozent des Territoriums unter seiner Kontrolle hat, wird unterdessen medial als "Taliban" bezeichnet.

De facto aber befindet sich die Nato in einem Guerilla-Krieg mit heterogenen Widerstandsgruppen, deren Motive nicht einmal einheitlich sind: islamistische oder nationalistische Paschtunen, Drogenhändler, lokale Kommandeure, Warlords, Al-Qaida-Terroristen, ausländische Jihadisten, religiöse Fundamentalisten, Antizentralisten und autonome Kräfte.

Dieser Krieg ist ein Krieg im Unbestimmten, die schlimmste Form Krieges überhaupt, weil diese Form keine Logik eines Endes beinhaltet, kein Sieg und keine Niederlage für keine Seite, weil er sich selbst nährt. Unter dem Widerstand gibt es mittlerweile auch Gruppen, die wegen der Folgen des Krieges, wegen des Hungers und der zivilen Toten, Krieg führen. Stattdessen sollte die Bundesrepublik nach dem Verursacherprinzip das Recht auf Asyl von Flüchtlingen aus Afghanistan endlich anerkennen.

Ende der Maßlosigkeit

Der Katastrophentheoretiker René Thom sagte einmal, dass "die Grenze des Wahren nicht das Falsche ist, sondern das Sinnlose." Und so trägt dieser Krieg inzwischen alle katastrophalen Insignien des Sinnlosen in sich und mit sich. Immer wieder versichern uns die Militärs, sie können nicht aufbauen und entwickeln, sie können dafür nur "Zeit kaufen". Doch scheint hier niemand mehr Herr über die Zeit des Krieges zu sein, denn auch dessen Dauer liegt vollkommen im Unbestimmten. Ein sofortiger Abzug freilich, wäre ebenso verantwortungslos wie ein "Weiter so".

Es gibt in Afghanistan für alle Beteiligten nur noch eine einzige Zeitform, eine einzige Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden, wieder Subjekt des eigenen Handelns zu werden, die abgeschlossene Zukunft, das: "Die Nato-Truppen werden abgezogen worden sein." Denn ab dem Punkt, ab dem ein ausverhandeltes Abzugsdatum formuliert, die Strategie gewechselt und die Ziele radikal revidiert und endlich klar definiert werden und somit ein verantwortbarer Disengagement-Prozess eingeleitet ist, ab diesem Punkt werden sich die Motivlagen aller Beteiligten grundlegend ändern, werden Verantwortungen, die der westlichen Staatengemeinschaft sowie auch die der Afghanen selbst für ihre eigene Zukunft, wieder virulent und wird die maßlos gewordene Verantwortungs- und Zeitlosigkeit dieses Krieges zurückgedrängt.

Astrid Rothe-Beinlich ist im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und Landessprecherin in Thüringen; Sven Giegold ist Wirtschaftswissenschaftler, Mitbegründer von Attac und seit kurzem Mitglied der Grünen; Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW und Mitinitiator des Göttinger Sonderparteitages der Grünen zu Afghanistan 2007.

TLZ Thüringische Landeszeitung
Wir schreiben Klartext

Thüringische Landeszeitung vom 13.09.08

GASTBEITRAG - Ein Krieg im Unbestimmten - Abzugsdatum aus Afghanistan nötig

GASTBEITRAG

Ein Krieg im Unbestimmten

Abzugsdatum aus Afghanistan nötig

Von A. Rothe-Beinlich, S. Giegold und R. Zion

In Afghanistan naht wieder einmal der Winter. Für viele der dort lebenden Menschen bedeutet dies nicht nur ein jahreszeitbedingtes Abflauen der offenen Kampfhandlungen, sondern auch die Rückkehr des Hungers. Auch im nun schon siebten Jahr der Intervention der internationalen Staatengemeinschaft scheint nichts wirklich definiert oder gar erreicht: Sinn und Zweck, die Ziele, der eigentliche Gegner, die Verbesserung der humanitären Lage. Zwischen Bundeswehrvertretern und Regierung ist man sich hierzulande noch nicht einmal darüber einig, ob dort überhaupt ein Krieg geführt wird, oder ob dies so genannt werden darf. Derweil werden fünf Millionen Menschen in diesem Winter in Afghanistan akut vom Hunger bedroht sein, so die Hilfsorganisation Oxfam. In der zentralafghanischen Provinz Daikundi gar ist die Situation Oxfam zufolge so schlimm wie seit zwei Jahrzehnten nicht mehr, schlimmer also als zu Zeiten des Bürgerkrieges und der Taliban-Herrschaft. Und dies, obwohl die Staatengemeinschaft 2,6 Milliarden Dollar aufwendet monatlich. Mittel, mit denen mittlerweile im Krieg in einigen Regionen wieder mehr zerstört als aufgebaut wird.

Auch die Absichtserklärung der Bundesregierung, für die Jahre 2008 bis 2010 etwa 420 Millionen Euro für den zivilen Aufbau bereitzustellen, würde kaum etwas an diesem krassen Missverhältnis ändern. In diesem Zeitraum verschlingt allein der Bundeswehreinsatz 1,5 Milliarden Euro.

Aufbau ist gescheitert

Polizeiaufbau, Entwaffnung und wirtschaftliche Entwicklung müssen gesamtafghanisch als gescheitert bezeichnet werden. Ursprünglich sollte Afghanistan zu einer freien Marktwirtschaft" entwickelt werden, angetrieben durch den privaten Sektor. Doch hat eine dahinter stehende ökonomische Interessenpolitik in erster Linie nur wenige Privilegierte begünstigt. Über 90 Prozent aller Waren auf dem afghanischen Markt stammen folglich aus Importen. Landesweit ist von einer inoffiziellen Arbeitslosigkeit

von ca. 70 Prozent auszugehen.

Statistisch gesehen muss jede AfghanIn von weniger als einem US-Dollar am Tag leben. Im Failed State Index" 2007 steht Afghanistan an achtschlechtester Position. Mohnanbau und Mohnhandel blühen. Das Land gilt als eines der korruptesten der Welt, die Zentralregierung in Kabul, zu achtzig Prozent vom Westen bezahlt, als schwach und wird weithin als US-Marionette wahrgenommen.

Eine auch nur ansatzweise identifizierbare Gesamtstrategie und einen realistischen Zeitrahmen gibt es nicht. Nicht nur zwischen den militärischen Gegnern, sondern auch unter den Nato-Partnern herrscht eine Art Naturrechtszustand: Soviel Recht als Macht. Während es bei Deutschen, Dänen, Holländern usw. insgesamt über siebzig Einsatzvorbehalte gibt, setzt sich faktisch die rücksichtslose taktische Kriegführung des US-Militärs durch: Luftkriegführung, schwerer Artilleriebeschuss, Kommandounternehmen, selbst bis Pakistan hinein.

Nach Human Rights Watch hat sich die Zahl der durch Luftangriffe internationaler Truppen getöteten Zivilisten in den vergangenen zwei Jahren fast verdreifacht. Der Gegner, der nach Schätzungen der Expertengruppe Senlis Council 54 Prozent des Territoriums unter seiner Kontrolle hat, wird unterdessen medial als Taliban" bezeichnet.

De facto aber befindet sich die NATO in einem Guerilla-Krieg mit heterogenen Widerstandsgruppen, deren Motive nicht einmal einheitlich sind: islamistische oder nationalistische Paschtunen, Drogenhändler, lokale Kommandeure, Warlords, Al-Qaida-Terroristen, ausländischen Jihadisten, religiöse Fundamentalisten, Antizentralisten und autonome Kräfte.

Wechsel der Strategie

Dieser Krieg ist ein Krieg im Unbestimmten, die schlimmste Form Krieges überhaupt, weil diese Form keine Logik eines Endes beinhaltet, kein Sieg und keine Niederlage für keine Seite, weil er sich selbst nährt. Unter dem Widerstand gibt es mittlerweile auch Gruppen, die wegen der Folgen des Krieges, wegen des Hungers und die zivilen Toten, Krieg führen.

Stattdessen sollte die Bundesrepublik nach dem Verursacherprinzip das Recht auf Asyl von Flüchtlingen aus Afghanistan endlich anerkennen. Der Katastrophentheoretiker Ren Thom sagte einmal, dass die Grenze des Wahren nicht das Falsche ist, sondern das Sinnlose." Und so trägt dieser Krieg inzwischen alle katastrophalen Insignien des Sinnlosen in sich und mit sich.

Immer wieder versichern uns die Militärs, sie können nicht aufbauen und entwickeln, sie können dafür nur Zeit kaufen". Doch scheint hier niemand mehr Herr über die Zeit des Krieges zu sein, denn auch dessen Dauer liegt vollkommen im Unbestimmten. Ein sofortiger Abzug freilich, wäre ebenso verantwortungslos wie ein Weiter so". Es gibt in Afghanistan für alle Beteiligten nur noch eine einzige Zeitform, eine einzige Möglichkeit, diesen Krieg zu beenden, wieder Subjekt des eigenen Handelns zu werden, die abgeschlossene Zukunft, das: Die Nato-Truppen werden abgezogen worden sein".

Denn ab dem Punkt, ab dem ein ausverhandeltes Abzugsdatum formuliert, die Strategie gewechselt und die Ziele radikal revidiert und endlich klar definiert werden und somit

ein verantwortbarer Disengagement-Prozess eingeleitet ist, ab diesem Punkt werden sich die Motivlagen aller Beteiligten grundlegend ändern, werden Verantwortungen, die der westlichen Staatengemeinschaft sowie auch die der AfghanInnen selbst für ihre eigene Zukunft, wieder virulent und wird die maßlos gewordene Verantwortungs- und Zeitlosigkeit dieses Krieges zurückgedrängt.

Astrid Rothe-Beinlich ist im Bundesvorstand von Bündnis 90/Die Grünen und Landessprecherin in Thüringen; Sven Giegold ist Wirtschaftswissenschaftler, Mitbegründer von Attac und bündnisgrünes Neumitglied; Robert Zion ist Grünen-Politiker in NRW und Mitinitiator des Grünen-Sonderparteitages in Göttingen 2007 zu Afghanistan.

1142569, TLZ, 13.09.08

ZEIT ONLINE 18.11.2008 - 12:53 Uhr [http://www.zeit.de/online/2008/47/gruene-zion]

Grüne

Von Robert Zion

Zwischen Koalitions- und Gesellschaftsvertrag

Auf ihrem Parteitag forderten die Grünen einen „grünen New Deal". Doch das neue Führungspersonal ergeht erst mal lieber wieder in Bündnisspielen. Ein Gastkommentar

Es dauerte nur ein paar Stunden, da redete der neue Grünen-Vorsitzende Cem Özdemir in einem Zeitungsinterview schon wieder von Koalitionsmöglichkeiten mit der CDU, und der Realo-Vordenker Ralf Fücks von Machtoptionen mit der FDP. Es ist wieder ganz so, als ob es auf der vom Parteienforscher Franz Walter beschriebenen politischen „Baustelle Deutschland" in erster Linie nur darum ginge, wie die Vorarbeiter sich die Bautrupps zusammen stellen. Und nicht vielmehr darum, an was denn nun eigentlich gebaut werden soll.

An anderer Stelle gestand Fücks zu, dass der Realo-Flügel der Grünen „keine handlungsfähige Kraft mehr ist, die weiß was sie will", und dass die „linken Strömungen" nicht nur besser organisiert seien, sondern auch angriffslustig für ihre Positionen kämpften. Sicher, dies alles könnte als Ausdruck von Binnenkonflikten der Partei gedeutet werden, die kaum jemanden interessieren. Doch spätestens dann, wenn sich die Grünen bis in den kleinsten Ortsverband hinein den kommenden Wahlkämpfen zu stellen haben, könnte diese Disparität zwischen Personalisierung, koalitionstaktischer Beliebigkeit und inhaltlicher Verflachung auf der einen und untergründigen Strömungskämpfen und inhaltlicher Neufaufstellung auf der anderen Seite zum Problem werden.

Es ist nicht davon auszugehen, dass sich die Parteispitze dieses Problems nicht bewusst gewesen wäre. Mit einer recht amerikanisierten Inszenierung hat sie daher in Erfurt versucht, die Partei hinter dem neu gewählten Spitzenpersonal zu versammeln. Unübersehbar waren die Anleihen bei Obama und den US-Demokraten, bis in die Dramaturgie und die Wortwahl hinein: "Yes we Cem". Dass bei alledem die programmatischste und politischste Rede, die der wieder gewählten Parteivorsitzenden Claudia Roth, die ihr das beste Ergebnis bescherte,
eher unterging, ist symptomatisch für den Grundwiderspruch, in dem sich nicht nur die Grünen, sondern die gesamte deutsche Parteiendemokratie befindet.

Denn alle wollen regieren und politische Verantwortung übernehmen. Nur die Frage des Warum traut sich keine Partei mehr in letzter Konsequenz zu beantworten. (Ein Widerspruch, dessen sich die Linkspartei übrigens dadurch entledigt, dass sie im Bund gar nicht regieren will.) Es scheint ganz so, als ob sich dieses Land nur noch Führungs- und Verwaltungspersonal aus den Parteien zusammenstellt; als ob die Frage der politischen Durchsetzung unterschiedlicher Gesellschaftsmodelle, für die einst Personen wie Ludwig Erhard, Willy Brandt oder Petra Kelly standen, überhaupt keine Bedeutung

mehr hat.

So entwickeln die Parteien vielleicht noch Verkaufsstrategien für ihre jeweilige "Marke", die aber nicht viel mehr sind als bloßes Werben um Wählerstimmen. Zwar ist seit Jahren in allen Parteien bekannt, dass wesentliche Grundannahmen der alten Arbeitsgesellschaft, des Sozialstaates und der Industriegesellschaft in sich zusammenfallen. Das Wagnis neuer Begriffs- und Zielsetzungen aber scheint keine von ihnen wirklich eingehen zu wollen oder zu können.

Denn CDU, SPD und FDP, die Vertreter der drei klassischen politischen Grundströmungen, haben mit ihren in den letzten Jahren versuchten Erneuerungsprozessen Schiffbruch erlitten. Sowohl der Neokonservativismus als auch der Neoliberalismus und "New Labour", also der so genannte "dritte Weg" von Schröder und Blair, sind gescheitert.

Nach Bush, der Finanzkrise und Hartz IV wissen wir, dass hinter all dem "Neo" gar nicht soviel Neues stand, sondern im Grunde eine Radikalisierung der jeweiligen Grundannahmen auf der Basis mangelnder programmatischer Erneuerungsfähigkeit – von der Marktfixierung der CDU und der FDP bis zum protestantischen Arbeitsethos der SPD ("Fördern und Fordern").
Für die Grünen aber, deren besonders Merkmal es schon immer gewesen ist, dass sie Vertreter aller drei politischen Grundströmungen in sich vereinigt haben, kann diese Entwicklung sowohl eine große Chance als auch ein erhebliches Risiko bedeuten.

Eine Chance wäre es, wenn sich Konservative, Liberale und Linke in der Partei nun entschlossen zusammenraufen und die gemeinsame Programmatik in eine eigenständige Begrifflichkeit übersetzen würden. Ein Fehler wäre es hingegen, wenn sie sich lediglich nur weiter als jeweiliges Scharnier zu den anderen Parteien verstünden.

Die auf dem Parteitag verabschiedeten Konzepte eines „grünen New Deal“ und eines „neuen Gesellschaftsvertrags“ könnten das Signal eines neuen Aufbruchs sein. Um aber aus diesen bei Franklin D. Roosevelt und Jean-Jacques Rousseau entlehnten großen Worten tatsächlich politisch wirksame Begriffe zu machen, bedarf es weit mehr.

Es bedarf jetzt – auch und gerade in Wahlkämpfen – des Mutes, die differenzierte Programmatik der Grünen in ein geschlossenes, überzeugendes Konzept zu übersetzen, um die Partei wieder längerfristig aufzustellen und zu orientieren. In der Energie-, Klima- und Wirtschaftspolitik ist dies in Erfurt sogar gelungen. Die dort gefassten Beschlüsse fordern nach dem jähen Ende des Monetarismus einen ökologischen Keynesianismus, der die nun notwendigen staatlichen Investitionen in einen Umbau der Industriegesellschaft lenken will: weg von den fossilen Energieträgern, hin zu einer neuen Wertschöpfungsbasis aus Bildung, Sozialem und öffentlichen Gütern, Gesundheit und Pflege, ökologischen Dienstleistungen und Produkten, Kultur und Wissenschaft.

Damit schließen die Grünen an ihre Hauptforderungen seit ihrem Bestehen an. Wer aber in diesen Zeiten tiefer Krisen bloß um des Regierens Willen regieren will und keinen Mut zeigt, wirkliche Alternativen zu entwickeln und anzubieten, die an die Ursachen gehen; wer die jetzt notwendigen Veränderungen nicht ökologisch und sozial gerechter gestalten will, der sägt nur weiter an den Fundamenten unserer Parteiendemokratie.

Darum sollten die Grünen noch vor der Bundestagswahl wissen, was sie eigentlich wollen: ein neues, gesellschafts- und parteiübergreifendes, nach vorne weisendes Projekt, oder nur eine schlichte Mitbeteiligung am immer ratloser werdenden Verwaltungspersonal dieser Republik.

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus Nordrhein-Westfalen. Er gehört zum linken Flügel der Partei

Zum Thema

ZEIT ONLINE 47/2008: Özdemir offen für Schwarz-Grün im Bund
Der neue Grünen-Vorsitzende kündigt einen härteren Oppositionskurs an. Nach der Bundestagswahl sieht er neue Koalitionsmöglichkeiten
[http://www.zeit.de/online/2008/47/schwarz-gruen]

ZEIT ONLINE 47/2008: Sehnsucht nach Wechsel
Ein Parteitag mit Blasmusik, Green New Deal und Antiatomkraftprotesten: In Erfurt haben Bündnis90/ Die Grünen ihre Zukunft in der Vergangenheit gesucht. Ein Kommentar
[http://www.zeit.de/online/2008/47/gruenenparteitag-abschluss]

ZEIT ONLINE 47/2008: Grüne stehen hinter Özdemir und strafen Fritz Kuhn ab
Mit der Wahl Cem Özdemirs zum Bundesvorsitzenden treffen die Grünen eine historische Entscheidung. Fraktionsvorsitzender Fritz Kuhn dagegen fällt bei der Wahl durch.
[http://www.zeit.de/online/2008/47/gruenenparteitag-kuhn-oezdemir]

ZEIT ONLINE

episteme Online-Magazin für eine Philosophie der Praxis

http://www.episteme.de/htmls/Zion-Ethos-Menschheit.html

Vom Ethos einer werdenden Menschheit

von
Robert Zion

> „Es gibt weder gut noch böse in der Natur, es gibt keine moralische Entgegensetzung, sondern es gibt eine ethische Differenz. Diese Differenz ist diejenige der immanenten Existenzweisen, die eingeschlossen sind in dem, was wir empfinden, tun, denken.“[1]
>
> Gilles Deleuze

Der vom Menschen verursachte Klimawandel kommt schneller als prognostiziert und wird umwälzende Folgen nicht nur für das globale Ökosystem, sondern auch für unsere politische Ordnungen haben. Zugleich trifft dieser Klimawandel die Menschheit in einer Entwicklungsphase, in der die demographischen Dynamiken in den reichen Regionen der Nordhalbkugel und den armen Regionen des Südens in genau entgegengesetzte Richtungen verlaufen und in der mit der Krise der globalen Finanzmärkte das ökonomische Aussteuerungssystem des globalen Kapitalismus einen Infarkt erlitten hat. Wieviele Bypässe die Regierungen und globalen Verwaltungseinheiten nun auch national oder international legen werden, wieviel Hunger und staatliche Instabilität im Süden und an den Küstenregionen unseres Wasserplaneten auch eintreten und wie dramatisch die Wanderungs- und Migrationsströme nun auch immer ausfallen werden, eines scheint sicher: Wir müssen uns die nächsten Jahre entscheiden, ob und wie wir auf diesem Globus weiterleben wollen. Wir?

Das Gattungswesen Mensch, jenes von Nietzsche so genannte „nicht festgestellte Thier“[2] muß also sehr rasch und pragmatisch ein Bewußtsein dafür entwickeln, daß es nun einen gemeinsamen *Menschheitsraum* und *Zeithorizont* gibt, welche die Handlungsmaximen und Werteorientierungen der bisherigen Völker, Religionen und Staaten und ihre entsprechenden Raum- und Zeitorientierungen (Territorium und Geschichte) überlagern, es muß buchstäblich zur Menschheit *werden*. So etwas, ein derartiges Zum-Subjekt-seiner-selbst-Werden der Menschheit, hat es im Übrigen noch nie gegeben. Es wäre aber falsch, jetzt von einer Weltregierung, einer Weltreligion, einem ökonomischen Weltsystem reden zu wollen, denn faktisch und unhintergehbar leben wir in einer multipolaren Welt der Interessen- und

Wertegegensätze und der Ungleichzeitigkeiten. Entweder wir leben und überleben in einer solchen *Mannigfaltigkeit* oder wir gehen darin unter. Im Überleben oder Untergehen wird die Menschheit also *eine* gewesen sein, die Frage aber, wie es dazu gekommen sein wird, wird in einer faktischen, deterritorialisierten Mannigfaltigkeit und zudem in einer Zeitform entschieden werden, die sich ebenso gegenüber dem Mit-sich-selbst-identisch-Sein der Menschheit prinzipiell sperrt, der der vollendeten Zukunft (zweite Zukunft, *futurum exactum*): Bei dem in Frage stehenden Subjekt-Werden der Menschheit geht es *mit ihr* um die vollendete Zukunft dessen, was diese für das gewesen sein wird, das zu werden sie im Begriff steht.[3]

Die nun anstehende ethische Aufgabe ist es also nicht, das mit sich identische Eine und dessen Zukunft zu denken und entsprechend zu handeln, sondern das Viele im Werden, anders ausgedrückt: „Bis zur Grenze dessen zu gehen, was man kann, ist die eigentlich ethische Aufgabe."[4] Gefragt ist eine Ethik der Mannigfaltigkeit und Asynchronität als radikal immanentes und affirmatives Handlungsprinzip. Und gefragt ist eine Ethik, die vom Mitglied der untersten Kaste in Indien ebenso verstanden und pragmatisch angewandt werden kann wie vom Bankmanager in London, dem Bergarbeiter in China oder vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, von Frauen wie von Männern, von Revolutionären wie von Reaktionären. Sie alle werden eben keine Weltregierung, keine Weltreligion, kein ökonomisches Weltsystem im Kantischen Sinne „stiften" können, sie alle werden in der asynchronen Mannigfaltigkeit überleben oder untergehen, insofern ihre partikularen Interessen und Handlungen ihre konkreten Auswirkungen auf das haben, was sie als eine werdende Menschheit gewesen sein werden. Einen solchen Ethos der Mannigfaltigkeit, der zugleich der Ethos der werdenden Menschheit werden muß, gibt es, er ist formuliert und er ist abstrakt genug, um die Ebene wenn auch nicht des Universellen, so doch die der Univozität (Bedeutungsgleichheit in allen gegebenen Zusammenhängen und Begegnungen) zu erreichen: n-1.

n minus 1. Formuliert in einem der schwierigsten, aber auch zentralsten philosophischen Werke des zwanzigsten Jahrhunderts, in Gilles Deleuzes und Félix Guattaris *Tausend Plateaus*: „Das Mannigfaltige *muß gemacht werden*, aber nicht dadurch, daß man immer wieder eine höhere Dimension hinzufügt, sondern vielmehr schlicht und einfach in allen Dimensionen, über die man verfügt, immer n-1 (das Eine ist nur dann ein Teil des Mannigfaltigen, wenn es davon abgezogen wird)."[5] Zunächst noch erscheint dieses ethische

Prinzip als Zumutung, ebenso wie einst Kants kategorischer Imperativ als zu abstrakte Zumutung empfunden wurde. Es besagt nichts weniger, als daß ich in meiner Einheit als Einzelner, als Staat, als Religion, Volk oder ökonomischer Akteur mein Partikularinteresse, sobald ich dessen gewahr werde, von allen anderen Interessen abziehen muß. Denn Letztere bilden nicht einfach eine Summe, aus der ein Gesamtinteresse hervorgeht, sondern eine wesentlich neue Qualität (gemeinsam überleben oder untergehen), die sonst nicht Teil der faktischen Mannigfaltigkeit werden kann.

Bisher beruhten unsere menschheitlichen religiösen, politischen und ökonomischen Wertegemeinschaften auf Vorstellungen des Einen, die die jeweiligen partikularen Weltbilder in hierarchischer und hegemonialer Absicht zu universalisieren versuchten. In allen Dimensionen der Begegnung untereinander religiöser, politischer und ökonomischer Art herrschte so das Prinzip der Überwältigung des jeweils anderen durch das *eigene* Universelle vor, das *per se* aber nur ein Partikular-Universelles sein kann. In diesem Modus der Überwältigung wurde bislang anhand unserer Projektionen von Gott, Staat und Markt unser Bild vom Menschen als Rückprojektion geprägt und vielleicht verstehen wir darum auch erst jetzt Nietzsches erratisch anmutende Anmerkung zu Beginn unseres Zeitalters, daß eben dieser „Mensch aber Etwas (ist), das überwunden werden muß“[6], daß die ewige Wiederkehr des Gleichen des Partikular-Universellen das Werden der Menschheit *als* Mannigfaltigkeit bisher verhindert hat.

Wenn wir also heute politisch von Multipolarität reden, dann sollten wir nicht von alten und neuen Mächten wie den USA, China oder Indien reden, für deren partikular-universelle Hegemonien und Geschichtstempi ein neues Gleichgewicht gefunden werden muß, oder gar davon, an welchem Partikular-Universellen die Welt genesen könnte. Wir sollten davon reden, was diese Mächte in ihrer *Unterschiedenheit* vereint, ja, davon, daß das sie Vereinende eben ihre Unterschiedenheit *ist*. Der Ethos einer werdenden Menschheit, heißt das, ist ein ontologischer und differenzieller.

Beziehen wir zur Verdeutlichung diesen Ethos einmal auf den globalen Markt, den Klimawandel und die demographischen Dynamiken. Die unsichtbare Hand des Marktes, eine aus der ordnenden Hand Gottes abgeleitete Fiktion der christlich-abendländischen Tradition, hat ihre notorische Abwesenheit in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise erneut bestätigt. Diese Krise der Aussteuerung des ökonomischen Systems, das früher Kapitalismus hieß und

heute Markt genannt wird, ist eben genau auf sein lineares statt differenzielles Funktionsprinzip zurückzuführen, daß das Eine nur dann Teil des Mannigfaltigen ist, wenn es diesem *hinzugefügt* wird: n+1. Jedes Partikularinteresse *muß* also in Anschlag gebracht, realisiert werden, um überhaupt Teil jenes fiktiven Gesamtinteresses werden zu können, das die göttliche Funktion „Markt“ verspricht.

In dieser zeitlich und räumlich linearen Funktionalität des Marktes gesprochen, ist jeder Verhungernde im Kongo Nicht-Marktteilnehmer, insofern er sein Partikularinteresse (überleben) nicht realisiert. Moralisch gesprochen ist *er* aber derjenige, der in der linearen Funktionalität des Marktes die Differenz beschreibt, indem er *notgedrungen* n-1 sagen muß. Aus diesem zunächst moralischen Skandal eine Ethik zu machen, wäre die Aufgabe einer nun anstehenden neuen Wirtschaftsordnung. Dabei kann es selbstverständlich nicht darum gehen, jene von der göttlichen Funktion Markt selbst erzeugte moralische Entgegensetzung einfach nur zu perpetuieren, denn „es gibt niemals moralische Sanktionen eines rechtenden Gottes, weder Strafen noch Belohnungen, sondern natürliche Konsequenzen unserer Existenz.“[7]

Die unsichtbare Hand des Marktes, die mit ihrem bereits von Marx „Plusmacherei“[8] genannten n+1 auf grenzenloses Wachstum programmiert ist, erzeugt nämlich keineswegs eine ihr selbst transzendente und stabile Ordnung, sie erzeugt vielmehr zugleich eine zweifache, eine innere und äußere Instabilität im Konstitutionsprozeß des Seins. Der Markt ist strenggenommen eine Plunder- und Plünderökonomie. In seinem Binnenverhältnis in der Geld- und Wertschöpfung (auch unser ökonomischer Schöpfungsbegriff ist im Übrigen eine aus dem Christentum abgeleitete Fiktion) auf lineares Wachstum ausgerichtet (n+1 in jeder Dimension), ist er ein doppeltes System einer periodisch ablaufenden Anhäufung (Akkumulation) und Vernichtung (Markträumung) von Plunder. Ob es sich nun in der Geldschöpfung um die Akkumulation jener Kreditverbriefungen und strukturierten Finanzmarktprodukte handelt, deren Markträumung wir gerade als Krise erleben, oder in der Wertschöpfung um die Akkumulation materieller wie immaterieller Waren und Dienstleistungen: Schöpfung und ordnende Hand Gottes werden in ihm in ein instabiles System rein quantitativer Anhäufung und Abräumung übersetzt.

Zugleich vollzieht der Markt in seinem Außenverhältnis einen permanenten Ausschluß des Nicht-Marktfähigen (ungeordnete Gottlosigkeit und Apokalypse). Dies ist die zweite Form seiner Instabilität. Klimawandel, Hunger und Bevölkerungsexplosion in den armen Ländern

der Südhalbkugel sind also keineswegs Ausdruck eines „Marktversagens“ – dieses findet ausschließlich in seinen Binnenverhältnissen statt –, sondern Szenarien seines eigenen Untergangs und damit die Beschreibung eines qualitativen Außen seiner selbst: Der Markt *kann* sich mit seinem linearen „Ethos“ des grenzenlosen Wachstums (n+1) nicht bis zu seiner äußersten Grenze (der Globus) und über die Südhalbkugel ausdehnen, d. h. er bleibt *gezwungen*, sein Außen (Armut, Natur) zu exkludieren, zu plündern und zugleich als Bedrohung seiner selbst zu beschreiben. Anders ausgedrückt: „Der Markt ist Aberglaube.“[9]

Was sich also im rein quantitativen „Ethos“ des Marktes (n+1) als Ausschluß und Bedrohung darstellt, beschreibt tatsächlich die für eine Menschheit im Werden entscheidende ethische Differenz. Es sind daher zunächst ausschließlich die Hungernden und Ströme von Migranten, die diese definieren und formulieren: n-1. Es ist *ihre* Lebensform der Migration auf der Suche der besten Lebensbedingungen im Klimawandel, *ihre* Antwort auf die Herausforderung des demographischen und ökonomischen Nicht-mehr-wachsen-Könnens, *ihre* gelebte Erfahrung des Abzugs des eigenen Interesses von den Interessen aller anderen, die erst eine überlebensfähige Mannigfaltigkeit der Menschheit möglich werden läßt. Das n-1, zu dem *wir* sie vorerst noch durch die Exklusion aus unserem n+1 zwingen, und das ihnen gegenwärtig noch einen Schrumpfungsprozeß bis zur eigenen Vernichtung aufnötigt, wird auch für uns unumgehbar zum Prüfstein werden, ob wir die Frage, ob und wie wir auf diesem Globus weiterleben wollen, überhaupt noch beantworten können werden. Es geht dabei um nichts weniger als um „eine Strategie des ethischen Wiederaufbaus“[10] nach dem Totalbankrott jener universellen „Plusmacherei“, um eine Erneuerung des Konstitutionsprozesses des *Seins* des Menschen auf Erden, genauer darum, die Welt zu bauen und damit die Möglichkeit zu zerstören, sie mittels religiöser, politischer und marktförmiger Aberglauben zu beherrschen.[11]

„Der Arme selbst ist Macht“, schreiben Michael Hardt und Antonio Negri darum auch in *Empire*. „Es gibt eine Weltarmut, aber vor allem auch eine Weltchance, und einzig der Arme kann sie ergreifen.“[12] Und sie schreiben vollkommen zu Recht, der Arme „ist auch die Begründung jeder Möglichkeit von Humanität. (...) Nur der Arme lebt radikal das tatsächliche und gegenwärtige Sein, in Not und Leid, und deshalb verfügt einzig der Arme über die Fähigkeit, das Sein zu erneuern. (...) Der Arme ist Gott auf Erden.“[13] Großartige Sätze eines neuen Humanismus, die für uns deutlicher werden lassen: Wir werden mit unserer Art des Lebens den Großteil der Menschheit nicht aus der Armut führen können, es ist diese Armut, die uns führen wird, ja, in Wirklichkeit bereits längst führt – heraus aus unserem schlechten,

zersetzenden Verhältnis zur Natur und damit heraus aus unserem schlechten Verhältnis zu uns selbst.

Ihr n-1 wird unsere gemeinsame Zukunft gewesen sein.

Anmerkungen

1 Gilles Deleuze: *Spinoza und das Problem des Ausdrucks in der Philosophie*. München 1993: Fink, S. 239.

2 Friedrich Nietzsche: *Jenseits von Gut und Böse. Zur Genealogie der Moral.* Sämtliche Werke. Kritische Studienausgabe in 15 Bänden. Hrsg. Colli/Montinari. Band 5. München 1980: dtv, (Neuausgabe 1999), S. 81

3 Zur zeitlichen Struktur des Subjekts vgl. Jacques Lacan: *Ecrits I*. Paris 1966: Editions du Seuil, S. 181.

4 Gilles Deleuze: *Spinoza und das Problem des Ausdrucks in der Philosophie,* a. a. O., S. 238.

5 Gilles Deleuze/Félix Guattari: *Tausend Plateaus. Kapitalismus und Schizophrenie.* Berlin 1997: Merve, S. 16.

6 Friedrich Nietzsche: *Also sprach Zarathustra*. Sämtliche Werke, a. a. O., Band 4, Teil IV.

7 Gilles Deleuze: *Spinoza und das Problem des Ausdrucks in der Philosophie,* a. a. O., S. 282.

8 Karl Marx: *Das Kapital. Band I: Der Produktionsprozeß des Kapitals*. MEW 23. Berlin 2007: Dietz, S. 189.

9 Antonio Negri: *Die wilde Anomalie. Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft*. Berlin 1982: Wagenbach, S. 246.

10 Antonio Negri: *Die wilde Anomalie. Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft,* a. a. O., S. 237.

11 Vgl.: Antonio Negri: *Die wilde Anomalie. Spinozas Entwurf einer freien Gesellschaft,* a. a. O., S. 208.

12 Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung*. Frankfurt/Main 2002: Campus, S. 170.

13 Michael Hardt/Antonio Negri: *Empire. Die neue Weltordnung,* a. a. O., S. 169.

RiversideMagazin

"Der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann!" (Picabia, 1922)

Wohin mit der NATO?

5. Dezember 2008 | Von Robert Zion | Kategorie: Leitartikel

Robert Zion

Im Frühjahr 2009 feiert die NATO ihr 60jähriges Bestehen. Doch das Bündnis treibt auf eine schwere Sinn- und Legitimationskrise zu, die aber auch eine Chance für ein neues Denken sein kann.

Von Robert Zion

Zwei Milliarden Menschen leben und sterben weltweit bereits heute in unsicheren oder gescheiterten staatlichen Strukturen. Und man muss kein Prophet sein, um vorauszusehen, dass die Folgen der Finanzkrise und des globalen Klimawandels diese Situation noch drastisch verschärfen werden. Im Sudan erleben wir den ersten Klimakrieg der Menschheit. Vor der Küste Somalias machen Piraten die Handelswege unsicher. Niemand hat derzeit ein einigermaßen schlüssiges Lösungskonzept für Zentralafrika bereit. Zwischen den Atommächten Pakistan und Indien bahnt sich ein scharfer Konflikt an.

Und als ob dies alles noch nicht genug wäre, kommt nun auch noch eine Hungerkrise hinzu, ganz zu Schweigen von den vollkommen entgegengesetzten demographischen Dynamiken in den armen Ländern des Südens und den reichen Ländern der Nordhalbkugel. In dieser globalen Situation, die geradezu nach einer *global gouvernance* schreit, wirken der UN-Sicherheitsrat und die NATO als Überbleibsel der bipolaren Weltordnung des Kalten Krieges geradezu wie historische Antiquitäten aus einem längst vergangen Jahrhundert.

Der interne Streit um die NATO-Osterweiterung ist nur eines der Symptome eines Ziel-, Strategie- und Konzeptionslos gewordenen Militär- und Sicherheitsbündnisses, dem schlicht eine Idee fehlt, wie globale Sicherheit im 21. Jahrhundert schlüssig aussehen könnte. Wer jetzt aber keine neuen Ideen hat, der findet auch keine Antworten mehr. Nicht einmal dort, wo die NATO gegenwärtig ihre Kräfte bündelt, in Afghanistan, ist eine einheitliche Strategie und Zielvorstellung zu erkennen. Fehlen solche aber, dann tendieren die Antworten zum planlosen Aktionismus. Dass der Kaukasus-Konflikt auch einem solchen geschuldet war und zum Teil auch Folge einer Provokation Russlands durch die NATO gewesen ist, ist nur allzu offensichtlich.

Es sind die alten Denkmuster und die Beharrungskräfte dieses Bündnisses an sich, die den entscheidenden Schritt hin zu einem neuen Modell der globalen Sicherheit blockieren. Das

Rumfuhrwerken in irgendwelchen Krisenherden, für das die NATO die Vereinten Nationen nur noch als Stichwortgeber zu brauchen scheint; der schlicht aussichtslose, weil viel zu komplizierte und labile Versuch die atomare Abschreckungsarchitektur des Kalten Krieges auf die neue multipolare Weltordnung anzuwenden; die Verwicklung in militärisch nicht zu gewinnenden Konflikten wie in Afghanistan - dies alles wirkt nicht nur planlos, es ist auch hochgefährlich, wenn die NATO-Mitgliedsstaaten nicht bald eine grundlegende Diskussion über Sinn und Zweck ihrer Veranstaltung beginnen.

Etwa im Sinne von George Shultz, William Perry, Henry Kissinger und Sam Nunn, die im Januar diesen Jahres im *Wall Street Journal* die Vision einer „vollständigen nuklearen Abrüstung" einforderten. Dazu gehört dann aber auch eine grundlegende Reform der Vereinten Nationen, insbesondere ihrer Legitimationsstrukturen und des UN-Sicherheitsrates. Dass die globalen Probleme nur noch gemeinsam und keineswegs mehr gegeneinander angegangen und gelöst werden können, sollte mittlerweile auch der Letzte verstanden haben. Viel breiter darf die Kluft zwischen solchen Einsichten und fehlenden Konzepten allerdings nicht mehr werden. Im Gegenteil: jetzt gilt es, die eigene Begrenztheit eines solch partikularen Bündnisses wie der NATO anzuerkennen und dieses mit dem Ziel einer organisatorischen und legitimatorischen Überführung in die Vereinten Nationen zu transformieren.

Denn es sind vor allem die reichen Staaten der Nordhalbkugel, die kurz- und mittelfristig die Ressourcen für eine neue globale Friedens- und Sicherheitsordnung auf UN-Ebene frei machen können. Die Tatsache nämlich, dass sich ihre Interessen nur noch in der Perspektive globaler Gesamtinteressen definieren lassen, dürfte von niemandem mehr ernsthaft bestritten werden. Für eine Lösung der globalen Probleme ist die Macht der NATO nicht ausreichend, für ein Anstoßen nuklearer Abrüstungsinitiativen und einer Wiederbelebung der Idee der Vereinten Nationen aber sehr wohl. Nur mit Eigensinn wird im 21. Jahrhundert eben keine Geschichte mehr gemacht werden können.

Zu groß erscheinen die gemeinsamen Aufgaben immer nur aus der jeweils eigenen Perspektive, die dann den Blick auf neue gangbare Wege einfach nur noch verstellt. Und dass ausgerechnet in Zeiten, in denen das Schicksal der Menschheit nur noch als ein gemeinsames gedacht werden kann, die Welt wieder in partikulare Interessen- und Einflusssphären auseinander zu fallen droht, ist eine schwerwiegende Hypothek für diese Menschheit, an der sie scheitern dürfte.

Darum sollte die NATO ihre bevorstehende 60jahr-Feier nutzen, um anderen Akteuren Angebote einer Transformation der jeweils eigenen Sicherheitsstrategien in eine gemeinsame globale Gesamtstrategie zu unterbreiten. Denn das „Prinzip unserer gemeinsamen Menschlichkeit", von dem einst Kofi Annan sprach, ist in Zeiten weltweiter Herauforderungen, längst keine schöne Theorie mehr, sondern pragmatische Aufgabe geworden. Und dieses Prinzip kann nichts anderes sein als Frieden und Sicherheit des Lebens.

So braucht es für eine wirklich wirksame Bekämpfung der Ursachen des weltweiten Terrorismus die Intelligenz und die Perspektiven aller Kulturen auf dieses Phänomen, für ökologisch und friedenspolitisch tragbare ökonomische und kulturelle Modernisierungsprozesse in China, Indien oder der islamischen Welt vor allem eines grundlegenden Verständnisses der jeweiligen kulturellen Wurzeln. Was es aber eben nicht mehr braucht, sind institutionelle Beharrungen, Selbstbestätigungen, Gewohnheitsbündnisse oder gar herkömmliche „Interessenpolitik", ganz so, als ob jeder nur von potentiellen Feinden und Bedrohungen umgeben wäre. Daher sollten die NATO-Mitglieder sich allmählich mit

dem Gedanken anfreunden, dass es nur noch ein letztes Ziel ihres Bündnisses geben kann: sich selbst überflüssig zu machen.

Robert Zion ist Grünen-Politiker aus NRW

Tags: 60 Jahre Nato, Atommacht, George Shultz, global governance, Henry Kissinger, Indien, Kaukasus, Klimakrieg, NATO, Nato-Osterweiterung, Pakistan, Piraten, Robert Zion, Russland, Sam Nunn, Somalia, UN, UN-Sicherheitsrat, Verneinte Nationen, William Perry

prager frühling
MAGAZIN FÜR FREIHEIT UND SOZIALISMUS

17.12.2008

Vom Ethos der einen Menschheit

Von Robert Zion

Der vom Menschen verursachte Klimawandel kommt schneller als prognostiziert und wird umwälzende Folgen haben. Zugleich trifft dieser Klimawandel die Menschheit in einer Entwicklungsphase, in der die demografischen Dynamiken in den reichen Staaten der Nordhalbkugel und den armen Staaten des Südens in genau entgegengesetzte Richtungen verlaufen und in der mit der Krise der globalen Finanzmärkte das ökonomische Aussteuerungssystem des globalen Kapitalismus einen Infarkt erlitten hat. Wie viele Bypässe die Staaten nun auch national oder international legen werden, wie viel Hunger und staatliche Instabilität im Süden und an den Küstenregionen unseres Wasserplaneten nun auch eintreten und wie dramatisch Wanderungs- und Migrationströme nun auch immer ausfallen werden, eines ist sicher: Wir müssen uns die nächsten Jahre entscheiden ob und wie wir auf diesem Globus weiterleben wollen. Wir?

Das Gattungswesen Mensch, jenes von Nietzsche so genannte „nicht festgestellte Thier“ muss also sehr rasch und pragmatisch ein Bewusstsein dafür entwickeln, dass es nun ein Gesamtinteresse gibt, welches die Handlungsmaximen und Werteorientierungen der bisherigen Völker, Religionen und Staaten überlagert, es muss buchstäblich zur Menschheit werden. So etwas hat es im Übrigen noch nie gegeben. Es wäre aber falsch jetzt von einer Weltregierung, einer Weltreligion, einem ökonomischen Weltsystems zu reden, denn faktisch und unhintergehbar leben wir in einer multipolaren Welt der Interessen- und Wertegegensätze. Entweder wir leben und überleben in einer solchen Mannigfaltigkeit oder wir gehen darin unter. Im Überleben oder Untergehen wird die Menschheit also eine gewesen sein, die Frage aber, wie es dazu kommen wird, wird in der faktischen Mannigfaltigkeit entschieden werden.

Gefragt ist also nicht, das Eine zu denken und entsprechend zu handeln, sondern das Viele, gefragt ist ein Handlungsprinzip, eine Ethik der Mannigfaltigkeit und Multipolarität. Und gefragt ist eine Ethik, die vom Mitglied der untersten Kaste in Indien ebenso verstanden und pragmatisch angewandt werden kann, wie vom Bankmanager in London, dem Bergarbeiter in China oder vom Präsidenten der Vereinigten Staaten, von Frauen wie von Männern, von Revolutionären wie von Reaktionären. Sie alle werden eben keine Weltregierung, keine Weltreligion, kein ökonomisches Weltsystem stiften können, sie alle werden in der Mannigfaltigkeit untergehen, insofern ihre partikularen Interessen und Handlungen in ihren konkreten Auswirkungen nicht auf ein ihnen gemeinsames Gesamtinteresse bezogen werden können. Einen solchen Ethos der Mannigfaltigkeit, der zugleich der Ethos der einen Menschheit werden muss, gibt es, er ist formuliert und er ist abstrakt genug, um die Ebene des Universellen zu erreichen: n-1.

n minus 1. Formuliert in einem der schwierigsten aber auch zentralsten philosophischen Werke des zwanzigsten Jahrhunderts, in Gilles Deleuzes und Félix Guattaris Tausend Plateaus: „Das Mannigfaltige muss gemacht werden, aber nicht dadurch, dass man immer wieder eine höhere Dimension hinzufügt, sondern vielmehr schlicht und einfach in allen Dimensionen, über die man verfügt: immer n-1 (das Eine ist nur dann ein Teil des Mannigfaltigen, wenn es davon abgezogen wird).“ Zunächst noch erscheint dieses ethische Prinzip als Zumutung, ebenso wie einst Kants kategorischer Imperativ als zu abstrakte Zumutung empfunden wurde. Es besagt nichts weniger, als dass ich in meiner Einheit als Einzelner, als Staat, als Religion, Volk oder ökonomischer Akteur, mein Partikularinteresse, sobald ich dessen gewahr werde, von allen anderen Interessen abziehen muss. Denn Letztere bilden nicht einfach eine Summe, aus der ein Gesamtinteresse hervorgeht, sondern eine wesentlich neue Qualität (gemeinsam überleben oder untergehen), die sonst nicht Teil der faktischen Mannigfaltigkeit werden kann.

Bisher beruhten unsere menschheitlichen religiösen, politischen und ökonomischen Wertegemeinschaften auf Vorstellungen des Einen, die die jeweiligen partikularen Weltbilder in hierarchischer und hegemonialer Absicht zu universalisieren versuchten. In allen Dimensionen der Begegnung untereinander religiöser, politischer und ökonomischer Art herrschte so das Prinzip der Überwältigung des jeweils anderen durch das eigene Universelle vor, das per se aber nur ein Partikular-Universelles sein kann. In diesem Modus der Überwältigung wurde bislang anhand unserer Projektionen von Gott, Staat und Markt unser Bild vom Menschen als Rückprojektion geprägt und vielleicht verstehen wir auch erst jetzt Nietzsches erratisch anmutende Anmerkung zu Beginn unseres Zeitalters, dass eben dieser Mensch etwas ist, was überwunden werden muss, dass die ewige Wiederkehr des Gleichen des Partikular-Universellen das Entstehen einer Menschheit als Mannigfaltigkeit verhindert hat.

Wenn wir also heute politisch von Multipolarität reden, dann sollten wir nicht von alten und neuen Mächten wie den USA, China oder Indien reden, für deren partikular-universelle Hegemonien ein neues Gleichgewicht gefunden werden muss, oder gar davon, an welchem Partikular-Universellen die Welt genesen könnte. Wir sollten davon reden, was diese Mächte in ihrer Unterschiedenheit vereint, ja, davon, dass das sie Vereinende eben ihre

Unterschiedenheit ist. Der Ethos der einen Menschheit, heißt das, ist ein differenzieller.

Beziehen wir zur Verdeutlichung diesen Ethos einmal auf den globalen Markt, den Klimawandel und die demografischen Dynamiken. Die unsichtbare Hand des Marktes, eine aus der ordnenden Hand Gottes abgeleitete Fiktion der christlich-abendländischen Tradition, hat ihr notorische Abwesenheit in der gegenwärtigen Finanzmarktkrise erneut bestätigt. Diese Krise der Aussteuerung des ökonomischen Systems, das früher Kapitalismus hieß und heute Markt genannt wird, ist eben genau auf sein Funktionsprinzip und seinem dem entsprechenden linearen statt differenziellen Ethos zurückzuführen, dass das Eine nur dann Teil des Mannigfaltigen ist, wenn es diesem hinzugefügt wird: n+1. Jedes Partikularinteresse muss also in Anschlag gebracht, realisiert werden, um überhaupt Teil jenes fiktiven Gesamtinteresses werden zu können, das die göttliche Funktion „Markt“ verspricht.

In dieser linearen Ethik des Marktes gesprochen ist jeder Verhungernde im Kongo Nicht-Marktteilnehmer, insofern er sein Partikularinteresse (überleben) nicht realisiert. Moralisch gesprochen ist er aber derjenige, der in der linearen Ethik des Marktes die Differenz beschreibt, indem er notgedrungen n-1 sagen muss. Aus diesem zunächst moralischen Skandal eine Ethik zu machen, wäre die Aufgabe einer nun anstehenden neuen Wirtschaftsordnung.

Ein Markt, der mit seinem linearen Ethos des n+1 auf grenzenloses Wachstum programmiert ist, erzeugt hiermit zugleich eine zweifache, eine innere und äußere Instabilität. Der Markt ist streng genommen eine Plunder- und Plünderökonomie geworden. In seinem Binnenverhältnis in der Geld- und Wertschöpfung (auch unser ökonomischer Schöpfungsbegriff ist im Übrigen eine aus dem Christentum abgleitete Fiktion) auf lineares Wachstum ausgerichtet (n+1 in jeder Dimension), ist er ein doppeltes System einer periodisch ablaufenden Anhäufung (Akkumulation) und Vernichtung (Markträumung) von Plunder.

Ob es sich nun in der Geldschöpfung um die Akkumulation jener strukturierten Finanzmarktprodukte handelt, deren Markträumung wir gerade als Krise erleben, oder in der Wertschöpfung um die Akkumulation materieller wie immaterieller Waren und Dienstleistungen: Schöpfung und ordnende Hand Gottes werden in ihm in ein instabiles System rein quantitativer Anhäufung und Abräumung transformiert.

Zugleich vollzieht der Markt in seinem Außenverhältnis einen permanenten Ausschluss des Nicht-Marktfähigen (ungeordnete Gottlosigkeit und Apokalypse). Klimawandel, Hunger und Bevölkerungsexplosion in den armen Ländern der Südhalbkugel sind also keineswegs Ausdruck eines „Marktversagens“ - dieses findet ausschließlich in seinen Binnenverhältnissen statt -, sondern Szenarien seines eigenen Untergangs und damit die Beschreibung eines qualitativen Außen seiner selbst: Der Markt kann sich mit seinem linearen Ethos des grenzenlosen Wachstums (n+1) nicht bis zu seiner äußersten Grenze (der Globus) und über die Südhalbkugel ausdehnen, d. h. er bleibt gezwungen sein Außen (Armut, Natur) zu exkludieren, zu plündern und zugleich als Bedrohung seine selbst zu beschreiben. Dies ist die zweite Form seiner Instabilität.

Was sich also im rein quantitativen Ethos des Marktes (n+1) als Ausschluss und Bedrohung darstellt, beschreibt tatsächlich die für einen zukünftigen Ethos der einen Menschheit entscheidende qualitative Differenz. Es werden daher ausschließlich die Hungernden und Ströme von Migranten sein, die diesen definieren und formulieren: n-1. Es ist ihre Lebensform der Migration auf der Suche der besten Lebensbedingungen im Klimawandel, ihre Antwort auf die Herausforderung des demografischen und ökonomischen Nicht-mehr-wachsen-Könnens, ihre gelebte Erfahrung des Abzugs des eigenen Interesses von den Interessen aller anderen, die erst eine überlebensfähige Mannigfaltigkeit der Menschheit möglich werden lässt. Das n-1, zu dem wir sie vorerst noch durch die Exklusion aus unserem n+1 zwingen, und das ihnen gegenwärtig noch einen Schrumpfungsprozess bis zur eigenen Vernichtung aufnötigt, wird auch für uns unumgehbar zum Prüfstein werden, ob wir die Frage, ob und wie wir auf diesem Globus weiterleben wollen, überhaupt noch beantworten können werden. Es geht dabei um nichts weniger als um eine Erneuerung des Seins des Menschen auf Erden.

„Der Arme selbst ist Macht“, schreiben Michael Hardt und Antonio Negri darum auch in ihrem Weltbestseller Empire. „Es gibt eine Weltarmut, aber vor allem auch eine Weltchance, und einzig der Arme kann sie ergreifen.“ Und sie schreiben vollkommen zu Recht, der Arme „ist auch die Begründung jeder Möglichkeit von Humanität. (...) Nur der Arme lebt radikal das tatsächliche und gegenwärtige Sein, in Not und Leid, und deshalb verfügt einzig der Arme über die Fähigkeit, das Sein zu erneuern. (...) Der Arme ist Gott auf Erden“. Großartige Sätze eines neuen Humanismus, die für uns deutlicher werden lassen: Wir werden mit unserer Art des Lebens den Grossteil der Menschheit nicht aus der Armut führen können, es ist diese Armut, die uns führen wird, ja, in Wirklichkeit bereits längst führt – heraus aus der Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen, heraus aus Vernichtung von uns selbst. Ihr n-1 ist unsere gemeinsame Zukunft.

Zum Autor:
Robert Zion, studierter Philosoph und Soziologe, ist Grünen-Politiker aus NRW und arbeitet zur Zeit an dem Grundlagentext: Der Grüne Philosoph – Spinoza, die Natur, der Frieden, das Soziale und die Basisdemokratie.